

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

2. Ex.

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Herbst 1993

Die Lage der Weltwirtschaft	607
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	616
Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland	627

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43/93

Berlin

28. Oktober 1993

60. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1993

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., München:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 21. Oktober 1993

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Entwicklung der Weltwirtschaft war im Sommerhalbjahr durch die fortdauernde konjunkturelle Schwäche in den Industrieländern geprägt. Zwar setzte sich die Aufwärtsbewegung in Nordamerika und in Großbritannien fort. Aber in Japan trübte sich das Konjunkturklima aufgrund der starken Aufwertung des Yen erneut ein, so daß die Rezessionstendenzen anhielten. In den meisten westeuropäischen Ländern folgte dem Produktionsrückgang vom Frühjahr an eine Phase annähernder Stagnation. Die Auslastung der Kapazitäten ist — außer in Nordamerika — weiter gesunken, und die Arbeitslosigkeit stieg. Der

Kosten- und Preisauftrieb hielt sich aufgrund der Konjunkturlaute in engen Grenzen; Rohstoffe haben sich erneut verbilligt.

Die Lockerung der Geldpolitik wurde unter diesen Bedingungen fast überall fortgesetzt. In Westeuropa, wo der Prozeß der Zinssenkung nach den Währungsturbulenzen vor einem Jahr begonnen hatte, wirkte allerdings retardierend, daß die Bundesbank die Zügel nur allmählich lockerte. Immer wieder sahen sich Zentralbanken durch Spannungen auf den Devisenmärkten veranlaßt, zur Stützung der Wechselkurse temporär die Leitzinsen anzuhähen. Auch nach der faktischen Suspendierung des Wechselkursmechanismus im Europäischen Währungs-

system (EWS) Anfang August dieses Jahres herrschte weiterhin das Bestreben vor, Abwertungen in engen Grenzen zu halten. Bei alledem haben sich indes die Geldmarktzinsen im Laufe eines Jahres deutlich ermäßigt; zumeist liegen sie nur noch wenig über — vereinzelt auch unter — den langfristigen Zinsen, obwohl diese ebenfalls beachtlich gesunken sind. Mit dem schrittweisen Abbau der monetären Restriktion klingt die Dämpfung der Nachfrage in Westeuropa allmählich ab. Dagegen haben die monetären Anregungen in Japan bisher nicht ausgereicht, um die Hemmnisse für eine raschere Kreditausweitung zu überwinden, die sich nicht zuletzt aus den Konsolidierungsbestrebungen von Banken, Unternehmen und privaten Haushalten nach der starken Verschuldung der achtziger Jahre ergeben. In den USA, wo schon vor drei Jahren ein Kurs der geldpolitischen Lockerung eingeschlagen worden war, gingen weiterhin spürbare Impulse von den niedrigen Zinsen aus.

Wegen der hohen Budgetdefizite sehen die meisten Regierungen kaum Spielraum für finanzpolitische Ankerbelungsmaßnahmen. In Westeuropa stehen trotz der anhaltenden Konjunkturschwäche sogar Konsolidierungsbestrebungen im Vordergrund, durch die Vertrauen in eine längerfristig stabilitäts- und wachstumsgerechte Wirtschaftspolitik geschaffen und der Zinsrückgang gefördert werden soll. Indes gibt es in den Ausgangspositionen sowie im Umfang und in der zeitlichen Folge der Sparmaßnahmen erhebliche Unterschiede von Land zu Land. In den USA sieht das jüngst verabschiedete mittelfristige Programm ebenfalls eine Verstärkung der Konsolidierungseffekte für das Haushaltsjahr 1994 vor. In Japan sind im Gegensatz zu den meisten anderen Industrieländern bereits mehrere Programme zur Anregung der Nachfrage beschlossen worden; in diesem Jahr dürfte sich dort erstmals seit 1986 kein gesamtstaatlicher Finanzierungsüberschuß mehr ergeben.

Die Aussicht auf eine solidere Finanzpolitik in wichtigen Industrieländern hat den Rückgang der Zinsen auf den Kapitalmärkten während der letzten Monate gefördert. Für den Fortgang des Aufschwungs in den USA ist dies um so wichtiger, als die Zentralbank die Zinsen wohl nicht mehr senken wird. Auch für Japan ist kaum mit einer weiteren Herabsetzung der Leitzinsen zu rechnen, da sich der Yen nicht mehr aufwerten und sich das Konjunkturklima allmählich wieder verbessern dürfte. In Westeuropa wird dagegen die geldpolitische Lockerung fortgesetzt. Angesichts der nach wie vor starken Wechselkursorientierung bleibt dabei der Kurs der Deutschen Bundesbank maßgeblich, doch werden die Zentralbanken in Ländern mit hohen Zinsen bemüht sein, diese näher an die niedrigeren deutschen Sätze heranzuführen.

Bei alledem ist angenommen, daß die Bandbreiten der Wechselkurse im EWS im nächsten Jahr noch nicht wieder verengt werden und die Kursrelationen zwischen den europäischen Währungen nach den starken Verschiebungen seit dem Herbst 1992 gleichwohl ähnlich wie gegenwärtig

bleiben. Im Hinblick auf die erwartete Verringerung des Zinsgefälles zwischen Westeuropa und den USA wird eine weitere Abwertung gegenüber dem Dollar zugrundegelegt.

Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den Industrieländern läßt eine allmähliche Überwindung der Konjunkturschwäche erwarten*. Eine Schlüsselrolle spielen die monetären Bedingungen; Stärke und Verlauf der hiervon ausgehenden Impulse sind allerdings nur mit erheblicher Unsicherheit einzuschätzen. Deutlich werden die Anregungen weiterhin in den USA spürbar sein; insbesondere bleibt die Investitionsneigung kräftig, nachdem Finanzanlagen stark an Attraktivität verloren haben und die Sachkapitalrendite gestiegen ist. Zugleich empfängt die übrige Welt weiterhin spürbare Nachfrageanstöße.

In Japan wird sich diese Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfelds nach der starken Aufwertung des Yen zunächst nicht nennenswert auswirken. Entscheidend für eine Konjunkturbelebung ist dort die Inlandsnachfrage. Die dämpfenden Effekte des Wechselkursschocks auf das Konjunkturklima dürften allmählich nachlassen, so daß neben den finanz- auch die geldpolitischen Anregungen allmählich wirksam werden und sich die Inlandsnachfrage im Verlauf des Winterhalbjahres belebt. Allerdings ist noch keine Expansion zu erwarten, die ausreichen würde, die Kapazitätsauslastung wieder zu erhöhen.

Die Stärke des Yen und — in geringerem Maße — des Dollar hat die Wettbewerbsposition westeuropäischer Anbieter, bei allerdings großen wechselkursbedingten Unterschieden untereinander, spürbar verbessert. Daraus ergeben sich, ebenso wie aus dem Aufschwung in Nordamerika, gesamtwirtschaftliche Anregungen für Westeuropa. Primär ist es jedoch der geldpolitischen Lockerung zuzuschreiben, daß Nachfrage und Produktion nunmehr — wie Frühindikatoren andeuten — in den meisten Ländern offenbar nicht weiter sinken. Die Erfolge bei der Eindämmung des Lohn- und Preisauflriebs verbessern das Konjunkturklima. Im Laufe des Winterhalbjahres dürften, angeleitet vor allem von niedrigeren Zinsen, Nachfrage und Produktion wieder zu steigen beginnen; allerdings wird die Aufwärtsbewegung wohl erst wenig Schwung entwickeln.

Alles in allem wird sich der Produktionsanstieg in den Industrieländern insgesamt im Laufe des nächsten Jahres allmählich verstärken. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts, der 1993 insgesamt kaum über ein halbes Prozent hinausgehen dürfte, wird 1994 rd. 2 vH betragen, bei einer etwas höheren Rate im Jahresverlauf. Die Verbraucherpreise werden sich in den beiden Jahren jeweils um etwas weniger als 3 vH erhöhen. Auf den Rohstoff-

* Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) teilt die Meinung der Mehrheit der Institute in bezug auf die voraussichtliche Entwicklung der Konjunktur in Westeuropa und insbesondere in Deutschland nicht. Die Meinung des DIW zu dieser Frage und zu den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die sich daraus ergeben, ist am Ende der Diagnose dargelegt.

märkten wird es mit der Belebung der Nachfrage in den Industrieländern zu einer Tendenzumkehr kommen, doch werden die Preise bei immer noch reichlichem Angebot verhältnismäßig wenig anziehen. Infolge der konjunkturellen Impulse von seiten der Industrieländer wird sich auch der Welthandel beleben. Sein realer Zuwachs, der 1993 nur wegen der starken Einfuhrausweitung in den USA und in einer Reihe von asiatischen Schwellenländern noch 3 vH erreichen dürfte, wird 1994 auf etwa 5 vH steigen.

Anhaltender Aufschwung in den USA

In den USA hat sich die konjunkturelle Expansion nach der vorübergehenden Verlangsamung vom Jahresbeginn leicht beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Laufe des Sommerhalbjahres mit einer Jahresrate von annähernd 2,5 vH gestiegen sein. Die Beschäftigung wurde verstärkt ausgeweitet, und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf zuletzt 6,7 vH. Der Preisauftrieb blieb mäßig; die private Lebenshaltung war im August um knapp 3 vH teurer als im Jahr zuvor.

Unter dem Einfluß der monetären Impulse expandierte die private Inlandsnachfrage weiterhin kräftig. Am stärksten nahmen die Ausrüstungsinvestitionen zu; der gewerbliche Bau belebte sich. Der private Konsum stieg merklich; zwar wuchsen die verfügbaren Einkommen mäßig, aber die Konsumneigung erhöhte sich. Dämpfende Effekte gingen von der Nachfrage des Staates und des Auslands aus. Der Exportanstieg hat sich verlangsamt. Die Importe wurden wegen der starken Zunahme der Inlandsnachfrage kräftig ausgeweitet. Das Leistungsbilanzdefizit hat sich mit dem konjunkturellen Vorlauf der USA deutlich vergrößert; im ersten Halbjahr betrug es rund 1,5 vH des Bruttoinlandsprodukts.

Die Zentralbank hielt angesichts des moderaten Produktions- und Preisanstiegs an ihrer Politik einer monetären Anregung der Konjunktur fest. Die Geldmarktzinsen wurden bei 3 % gehalten, und das Wachstum der Geldmenge beschleunigte sich zuletzt leicht. Die Notenbank verfolgte diesen Kurs wohl auch deshalb weiter, weil nunmehr Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung absehbar sind. Am Kapitalmarkt förderte die Aussicht auf niedrigere Defizite den weiteren Rückgang der Zinsen. Die langfristigen Zinsen sind seit Jahresbeginn um reichlich einen Prozentpunkt gesunken. Die Zentralbank dürfte die Leitzinsen im Laufe des kommenden Jahres erst wenig anheben, zumal die Kapazitätsauslastung nur langsam zunimmt.

Die Finanzpolitik wird aufgrund des mittelfristigen Programms zur Konsolidierung durch Steuererhöhungen und eine Dämpfung des Ausgabenanstiegs geprägt. Schon im nunmehr abgelaufenen Fiskaljahr 1993 wurde die konjunkturbedingte Abnahme des Fehlbetrags durch Ausgabenzurückhaltung verstärkt. Das Defizit blieb mit schätzungsweise 270 Mrd. Dollar (rund 4,4 vH des Bruttoinlandsprodukts) erheblich unter dem Voranschlag. Für das laufende

Haushaltsjahr ist eine weitere Verringerung vorgesehen, die über die konjunkturelle Abnahme hinausgeht. Durch die Sparmaßnahmen wird zwar einerseits die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gedämpft, doch gehen andererseits von dem durch die Konsolidierung geförderten Rückgang der Kapitalmarktzinsen anregende Wirkungen aus.

Bei den insgesamt günstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird die gesamtwirtschaftliche Produktion auch im Verlauf des kommenden Jahres deutlich steigen. Getragen wird diese Entwicklung nach wie vor von den Investitionen. Vor allem die Unternehmensinvestitionen werden bei den guten Gewinnerwartungen zügig ausgeweitet. Auch der private Wohnungsbau wird von den sehr niedrigen Finanzierungskosten und expandierenden Realeinkommen stimuliert. Aus den gleichen Gründen wird der private Konsum weiter steigen. Die Exporte werden im Verlauf des kommenden Jahres trotz einer wohl etwas höheren Bewertung des Dollar wieder rascher zunehmen, da sich die konjunkturelle Lage in wichtigen Handelspartnerländern verbessert. Insgesamt dürfte sich das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,5 vH und 1994 etwas stärker erhöhen. Bei dem moderaten Aufschwung wird sich der Preisauftrieb vorerst kaum beschleunigen. Die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung wird im Jahresdurchschnitt 1994 mit rund 3 vH etwa so hoch sein wie in diesem Jahr.

Verzögerte Konjunkturbelebung in Japan

In Japan hat die ausgeprägte Konjunkturflaute bis in die jüngste Zeit angehalten. Das reale Bruttosozialprodukt stagnierte im Sommerhalbjahr, und das Konjunkturklima verschlechterte sich unter dem Einfluß der starken Aufwertung des Yen. Die Unternehmen blieben bestrebt, ihre finanzielle Position zu konsolidieren; die Investitionen wurden nochmals deutlich eingeschränkt. Der private Verbrauch nahm kaum zu, da der Anstieg des verfügbaren Einkommens konjunkturell bedingt nachließ. Dagegen kam es im Wohnungsbau infolge staatlicher Förderungsmaßnahmen und niedriger Zinsen zu einer Belebung. Vor allem aber wurden die öffentlichen Investitionen aufgrund der Konjunkturprogramme, die im vergangenen Herbst und in diesem Frühjahr verabschiedet worden waren, stark ausgeweitet. Aus diesen Gründen nahm die Inlandsnachfrage insgesamt leicht zu. Dagegen hat sich der reale Außenbeitrag insbesondere wegen der aufwertungsbedingten Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition japanischer Anbieter verringert.

Die Industrieunternehmen schränkten die Beschäftigung wegen der gedrückten Absatz- und Ertragsaussichten merklich ein; seit dem Jahresbeginn sinkt nicht nur die Zahl der Überstunden, sondern auch die der Beschäftigten. Die Arbeitslosigkeit hat sich daher erhöht; die ausgewiesene Quote von 2,5 vH der Erwerbspersonen dürfte das tatsächliche Ausmaß unterzeichnen. Der Rückgang der Produktivität ließ nach, und der Lohnanstieg verlang-

samte sich; die Lohnstückkosten nahmen nicht mehr so kräftig wie vorher zu. Begünstigt durch die erhebliche Verbilligung der Einfuhr gingen die Erzeugerpreise in der Industrie zurück. Die Teuerungsrate des privaten Verbrauchs hatte sich in den Sommermonaten aufgrund witterungsbedingter Einflüsse vorübergehend um einen Prozentpunkt auf knapp 2 vH erhöht.

Wegen der deutlichen Verschlechterung des Konjunkturklimas wurde im September ein weiteres umfangreiches Konjunkturprogramm angekündigt; sein Volumen entspricht 1,3 vH des Bruttosozialprodukts. Dabei überwiegen verbilligte Kredite für den Wohnungsbau sowie für kleine und mittlere Betriebe. Ein Viertel entfällt auf zusätzliche Investitionen des Staates; hiermit wird verhindert, daß die staatliche Nachfrage im kommenden Winterhalbjahr mit dem Auslaufen der früheren Ankurbelungsprogramme zurückgeht. Mehr als die diskretionäre Ausweitung der Staatsausgaben dürften die automatischen Stabilisatoren dazu beitragen, daß in diesem Jahr erstmals seit 1986 kein gesamtstaatlicher Finanzierungsüberschuß mehr entsteht und im nächsten Jahr voraussichtlich ein Defizit.

Die Zentralbank verstärkte angesichts der Konjunkturschwäche und des Aufwertungsdrucks ebenfalls ihre Bemühungen zur Ankurbelung der Nachfrage. Im September senkte sie den Diskontsatz nochmals um einen dreiviertel Prozentpunkt auf den historischen Tiefstand von 1,75 %. Die Geldmenge expandierte hingegen erst langsam. Offenbar wurde die Bereitschaft zur Kreditaufnahme — nach der übermäßigen Verschuldung in den achtziger Jahren — nicht zuletzt durch die Konsolidierungsbestrebungen im privaten Sektor in engen Grenzen gehalten.

Die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen machen eine weitere Aufwertung des Yen weniger wahrscheinlich. Insoweit sind die Voraussetzungen für eine Verbesserung des Konjunkturklimas günstiger geworden. Die Impulse werden aber wohl nur allmählich spürbar werden. Während sich die Expansion der staatlichen Nachfrage abflacht, wird es in den Dispositionen der Unternehmen und der privaten Haushalte zu einer Wende kommen. So dürfte sich die Investitionsneigung aufgrund der verringerten Attraktivität von Finanzanlagen vergrößern; die gewerblichen Investitionen werden daher im nächsten Jahr wieder zu steigen beginnen. Zugleich nimmt der Wohnungsbau bei den niedrigen Zinsen und vermehrten staatlichen Hilfen kräftig zu. Der private Verbrauch wird durch konjunkturelle Einkommensimpulse und eine Erhöhung der Konsumneigung angeregt werden. Mit der fortschreitenden Anpassung an die veränderten Wechselkursrelationen dürfte schließlich auch die Ausfuhr leicht steigen.

Insgesamt werden Nachfrage und Produktion im nächsten Jahr wieder merklich expandieren; damit dürften auch die Importe beschleunigt ausgeweitet werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt, das im Jahresdurchschnitt 1993 nicht höher sein dürfte als im Vorjahr, nimmt 1994 voraussichtlich um 1½ bis 2 vH — bei darüber hinausgehender laufender Rate — zu. Die Auslastung der gesamtwirt-

schaftlichen Kapazitäten wird bei dieser Entwicklung noch bis weit in das nächste Jahr hinein zurückgehen. Dies begünstigt die Fortdauer weitgehender Preisstabilität; die Verbraucherpreise werden sich im Durchschnitt dieses und des nächsten Jahres jeweils nur um rund 1 vH erhöhen.

Allmähliche konjunkturelle Besserung in Westeuropa

Die Rezession in Westeuropa ist im Sommerhalbjahr offenbar zu Ende gegangen; in Großbritannien und in Norwegen, wo die Nachfrage schon vorher leicht expandiert hatte, hielt die Aufwärtstendenz an. In den meisten Ländern hat sich die Abnahme der Investitionen deutlich verlangsamt, und von den Lagerdispositionen gingen wieder expansive Effekte aus. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der geldpolitischen Lockerung seit etwa einem Jahr. Die Finanzpolitik hat infolge der konjunkturell bedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen die Nachfrage gestützt. Die Exporte in Drittländer erhöhten sich etwas stärker als zuvor. Die Auslastung der Kapazitäten ist indes weiter gesunken, und die Arbeitslosigkeit nahm in fast allen Ländern nach wie vor kräftig zu. Die durchschnittliche Teuerungsrate des privaten Verbrauchs verharrte bei reichlich 3 vH.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben zuletzt nur noch wenig abgenommen. Diese Entwicklung wurde durch die niedrigeren Zinsen gefördert. Finanzanlagen verloren damit gegenüber Sachinvestitionen an Attraktivität. Die Absatz- und Ertragsaussichten werden nun weniger ungünstig beurteilt. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen in den Ländern, deren internationale Wettbewerbsposition sich — nach der starken Abwertung ihrer Währung im vergangenen Herbst — spürbar verbessert hat. Die Bauinvestitionen sanken in den meisten Ländern nach wie vor deutlich; verschiedentlich spielten dabei immer noch hohe Leerstände bei gewerblichen Immobilien eine Rolle. Beim Wohnungsbau haben wohl die ungünstigen Einkommenserwartungen bisher eine deutliche Reaktion auf die niedrigeren Zinsen verhindert.

Der private Verbrauch ist insgesamt leicht gesunken; lediglich in Großbritannien nahm er nennenswert zu. Der Rückgang war indes wohl etwas schwächer als die Abnahme der realen verfügbaren Einkommen, die sich insbesondere aus der starken Verlangsamung des Lohnanstiegs und weiter sinkender Beschäftigung ergab; die Sparquote hat sich in einigen Ländern wieder etwas verringert.

Der Handel zwischen den westeuropäischen Ländern verminderte sich in den ersten Monaten dieses Jahres infolge der anhaltenden Rezession. Die Abnahme dürfte aber weniger ausgeprägt gewesen sein als statistisch ausgewiesen; die Angaben sind infolge der Anfang 1993 geänderten Erhebungsmethoden nach dem Wegfall der Zollstatistiken im Intra-EG-Handel offensichtlich zu niedrig. Im Verlauf des Sommerhalbjahres dürfte sich der Rückgang nicht mehr fortgesetzt haben. Aufgrund der Wechselkursänderungen kam es zu einer weiteren Verschiebung der

Marktanteile zugunsten jener Länder, deren Währungen erheblich abgewertet worden waren. Die Ausfuhren nach Nordamerika und in die Entwicklungsländer haben sich leicht erhöht. Die Terms of Trade blieben im Verlauf des Sommerhalbjahres insgesamt fast unverändert. Das Defizit der zusammengefaßten Leistungsbilanz ist etwas gesunken.

Die Verbraucherpreise sind in weiterhin geringem Tempo gestiegen. Der scharfe Wettbewerb und eine häufig deutliche Abschwächung des Lohnanstiegs wirkten auf eine Dämpfung des Preisauftriebs hin; einem weiteren Rückgang der Teuerungsrate stand aber in mehreren Ländern eine kräftige Anhebung administrierter Preise entgegen. In den Abwertungsländern wurde die Verteuerung der Einfuhr durch die Verringerung des internen Kostendrucks bisher weitgehend aufgewogen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich erneut verschlechtert. Die Beschäftigung ging bei abnehmender Kapazitätsauslastung und anhaltend starken Bemühungen der Unternehmen um Kostensenkungen unvermindert zurück. Die Arbeitslosigkeit nahm weiter deutlich zu. Im Spätsommer waren fast 11 vH der Erwerbspersonen arbeitslos, die Quote ist damit reichlich ein Prozentpunkt höher als ein Jahr zuvor.

Der Kurs der Geldpolitik wurde während des Sommerhalbjahres weiter gelockert. Die Expansion der realen Geldmenge entspricht im Durchschnitt etwa dem Wachstum des Produktionspotentials. Auf den Geld- und Kapitalmärkten sind die Zinsen zurückgegangen, und die Zinsstruktur ist weniger invers geworden. Grundsätzlich halten die Notenbanken dabei am Stabilitätsziel fest. Sie sind bestrebt, die Wechselkurse ihrer Währungen gegenüber der D-Mark nicht mehr sinken zu lassen. In enger Anlehnung an das weitere Vorgehen der Deutschen Bundesbank dürfte die Geldpolitik bis weit in das Jahr 1994 hinein gelockert werden.

Die Defizite in den öffentlichen Haushalten sind als Folge konjunkturbedingter Mehrausgaben und Mindereinnahmen in den meisten Ländern sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt weiter gestiegen. Das bedeutet kein Abgehen vom Ziel der Haushaltskonsolidierung; fast überall wurden Abstriche bei Ausgabenpositionen vorgenommen und indirekte Steuern sowie Gebühren und Abgaben erhöht. Nur in wenigen Ländern, vor allem in Großbritannien, wurde eine betont nachfragestützende Ausgabenpolitik betrieben. Die Finanzpolitik wird wohl 1994 noch etwas stärker konsolidierungsorientiert sein, zumal die Defizite in den meisten Ländern einen sehr hohen Stand erreicht haben. So dürften die Fehlbeträge in den Staatshaushalten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt eher sinken.

Vom Export in Drittländer wird die westeuropäische Konjunktur 1994 etwas stärkere Impulse erhalten als im laufenden Jahr. In Nordamerika und in den Entwicklungsländern nimmt die Nachfrage deutlich zu. Die Bemühungen

der Unternehmen zur Steigerung ihrer Ausfuhr tragen zunehmend Früchte. Der Import aus Drittländern, der in diesem Jahr sinkt, wird sich 1994 beleben. Der reale Einfuhrüberschuß geht dabei erneut etwas zurück. Die Terms of Trade verschlechtern sich leicht, auch weil der Dollarkurs und die Rohstoffpreise aufwärts tendieren dürften. Das Defizit der zusammengefaßten Leistungsbilanz ändert sich kaum.

Die Anlageinvestitionen dürften sich im Laufe des Winterhalbjahres allmählich beleben. Die gewerblichen Investitionen werden durch den anhaltenden Zinsrückgang und günstigere Absatzaussichten angeregt. Die Ertragsperspektiven verbessern sich auch deshalb, weil weiter große Anstrengungen zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung unternommen werden. Die öffentlichen Bauinvestitionen bleiben leicht aufwärtsgerichtet. Demgegenüber dürften die Investitionen im Wohnungsbau trotz sinkender Zinsen nur langsam angeregt werden, weil die Beschäftigungs- und Einkommenserwartungen vorerst noch gedämpft bleiben.

Der private Verbrauch wird wohl zunächst stagnieren und sich erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres etwas erhöhen. Dann ist auch beim Absatz dauerhafter Güter mit einer Wende zum Besseren zu rechnen. Die realen verfügbaren Einkommen werden ab der Jahresmitte mit dem Nachlassen des Beschäftigungsrückgangs vermutlich kaum noch sinken, und die Konsumneigung wird sich mit der Verbesserung des Konjunkturklimas erhöhen.

Insgesamt werden Nachfrage und Produktion in Westeuropa im Winterhalbjahr wieder leicht steigen. Doch gewinnt die Belebung wohl nur allmählich an Kraft. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte 1994 um etwas mehr als 1 vH zunehmen, nach einem Rückgang um reichlich ½ vH im Jahr 1993.

Der Anstieg der Konsumentenpreise bleibt moderat. Zwar wirken die interne Kostenentwicklung und der weiterhin sehr lebhaft Wettbewerb stabilisierend. Aber indirekte Steuern, Gebühren und Abgaben werden 1994 in vielen Ländern stärker als im laufenden Jahr heraufgesetzt. Auch erhöhen sich wahrscheinlich die Einfuhrpreise. Im Jahresdurchschnitt werden die Verbraucherpreise 1994 mit reichlich 3 vH in etwa gleichem Maße steigen wie in diesem Jahr.

Weiterer Produktionsrückgang in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas

In Mittel- und Osteuropa verlief die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr noch ungünstiger als vielfach erwartet. Ausschlaggebend für die weitere Schrumpfung von Produktion und Einkommen waren die mit dem Systemwandel verbundenen Friktionen bei den Strukturanpassungen sowie Inkonsistenzen bzw. Verzögerungen in der Reformpolitik. Insbesondere in Bulgarien und in Rumänien machten die Reformen nur geringe Fortschritte; in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

kamen sie wegen der politischen Instabilität sogar weitgehend zum Stillstand. In der Tschechischen und in der Slowakischen Republik haben die Folgen der Teilung die Entwicklung beeinträchtigt.

Bei den im Reformprozeß am weitesten vorangeschrittenen Ländern — Polen, Ungarn, Tschechische Republik — spielten auch äußere Störfaktoren eine erhebliche Rolle. Die Rezession in Westeuropa wirkte sich negativ auf die Ausfuhren dieser bereits stark „westorientierten“ Länder aus; lediglich die Tschechische Republik konnte im ersten Halbjahr 1993 ihre Exporte nochmals kräftig ausweiten. Zudem trugen die anhaltenden Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und die politische Instabilität in der GUS zum Rückgang der Ausfuhren dorthin bei.

Nach wie vor verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa sehr differenziert. Polen ist das einzige Land, in dem industrielle Produktion und Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr höher als im vergangenen sind. Der Anstieg ist allerdings in erster Linie auf die Erhöhung des privaten Konsums zurückzuführen, während die Investitionen stagnieren und die Ausfuhr sinkt. In der Tschechischen Republik und in Ungarn lag die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr noch unter den Werten des Vorjahres; trotz einer leichten Belebung im zweiten Halbjahr dürfte in diesem Jahr insgesamt das Bruttoinlandsprodukt nochmals das Niveau des Vorjahrs unterschreiten. In der Slowakischen Republik, in Bulgarien und in Rumänien wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 1993 hingegen wiederum deutlich sinken, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren. Für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeichnet sich eine unvermindert kräftige Schrumpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab. Zwar hat sich in der Russischen Föderation und in Rumänien in den letzten Monaten der Rückgang der Produktion verlangsamt; das ist aber weniger ein Ergebnis einer bereits fortgeschrittenen strukturellen Anpassung als vielmehr Folge gestiegener Konsumnachfrage aufgrund großzügiger Lohnzugeständnisse der Unternehmen.

Der Preisauftrieb läßt in den meisten Ländern Mittel- und Südosteuropas tendenziell nach, doch sind die Inflationsraten immer noch hoch. In den mitteleuropäischen Reformländern ist die Preisliberalisierung inzwischen weitgehend abgeschlossen, so daß hiervon kaum noch Preisanstöße ausgehen. Der Übergang zum Mehrwertsteuersystem in Polen, Ungarn, der Tschechischen und der Slowakischen Republik führte zwar zu kräftigen Preiserhöhungen; insgesamt jedoch dürften in diesen Ländern kosteninduzierte Preiserhöhungen überwiegen. So sind 1993 auch in der Tschechischen Republik die Löhne gestiegen, ohne daß die Produktivität entsprechend verbessert werden konnte. In den anderen Ländern nehmen die Lohnstückkosten aufgrund der sinkenden Auslastung der Betriebe und mangelnder Produktivitätsfortschritte ebenfalls noch merklich zu. In Bulgarien und in Rumänien verringern sich die hohen Inflationsraten kaum. In den Ländern der GUS ist die Hyperinflation ungebrochen; hier treffen eine starke Zu-

nahme der öffentlichen Verschuldung, ein kaum gezügeltes Geldmengenwachstum und ein dramatischer Verfall des Außenwertes der Währungen zusammen.

Auf den Arbeitsmarkt hat sich der Produktionseinbruch in den einzelnen Ländern bislang unterschiedlich ausgewirkt. Polen war das erste Land, in dem infolge von Entlassungen die versteckte Arbeitslosigkeit offen zutage getreten ist. Dort nimmt die Arbeitslosigkeit bei nunmehr fast zwei Jahre lang steigender Produktion nur noch wenig zu. Auch in Ungarn dürfte sich der Anstieg allmählich verlangsamten. In Bulgarien und in der Slowakischen Republik hingegen setzt sich die Verschlechterung der Beschäftigungslage fast unvermindert fort. In der Tschechischen Republik ist die Arbeitslosigkeit, gemessen an dem Produktionseinbruch seit Beginn der neunziger Jahre, immer noch sehr niedrig. Vor allem die staatlichen Großunternehmen scheinen ihre Beschäftigung erst wenig angepaßt zu haben. Nach dem Inkrafttreten des Konkursgesetzes wird es auch hier zu vermehrten Entlassungen kommen, so daß für das nächste Jahr mit einer stärkeren Zunahme zu rechnen ist. In den Ländern der GUS suggerieren die offiziellen Arbeitslosenzahlen nach wie vor Vollbeschäftigung. Viele Arbeitslose werden statistisch nicht erfaßt. Darüber hinaus wird in den Staatsbetrieben die Beschäftigung auf einem überhöhten Niveau mit Hilfe umfangreicher finanzieller Zuwendungen gehalten, um das noch weitgehend fehlende soziale Netz zu ersetzen.

Im kommenden Jahr wird — bei sich international beserndem Wirtschaftsklima — neben Polen auch die Tschechische Republik im Jahresdurchschnitt einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen, während Ungarn bestenfalls das Vorjahresniveau erreicht. In Bulgarien, in Rumänien und in der Slowakischen Republik dürfte der Rückgang der Wirtschaftsleistung merklich nachlassen. In den Ländern der GUS hingegen wird sich der Schrumpungsprozeß zwar verlangsamen, aber immer noch ein beachtliches Tempo aufweisen. Die Arbeitslosigkeit nimmt insgesamt weiter zu — nur noch wenig in den Ländern, in denen die Beschäftigung bereits angepaßt wurde, und stärker dort, wo die Betriebe bislang die Beschäftigung auf Kosten der Produktivität aufrechterhielten. Die Preissteigerungsraten werden zwar niedriger sein als im Vorjahr, aber selbst in den Ländern mit beachtlichen Stabilisierungserfolgen, wie in Ungarn und in der Tschechischen Republik, immer noch zweistellig bleiben.

Die meisten mittel- und südosteuropäischen Länder werden im nächsten Jahr den Tiefpunkt der Entwicklung wohl erreicht oder ihn bereits durchschritten haben. Insgesamt wird dann der Rückgang des Sozialprodukts seit 1988 zwischen 20 vH in Polen und in Ungarn und 50 vH in Bulgarien und in Rumänien betragen. Für die Länder der GUS ist nach einem Rückgang in ähnlichen Größenordnungen das Ende des Schrumpungsprozesses selbst für das Jahr 1994 noch nicht abzusehen. Unter der Bevölkerung aller Länder schwindet angesichts der nicht erwarteten Länge des Anpassungsprozesses und der sich vielfach noch ver-

schlechternden Einkommenssituation die Akzeptanz für die notwendigen Reformen. In dieser Situation wächst der Druck, wieder vom Kurs der Liberalisierung und Privatisierung abzugehen. Gäben die Regierungen dem Druck nach, würde die Schaffung der für eine nachhaltige Aufwärtsbewegung erforderlichen Bedingungen noch weiter in die Ferne rücken.

Rohstoffpreise werden leicht anziehen

Der Weltrohstoffverbrauch ist seit dem Frühjahr nicht mehr gesunken. Entscheidend dafür war das Auslaufen der rezessiven Entwicklung in Westeuropa und in Japan, die bis dahin die von Nordamerika und vielen Entwicklungsländern ausgehenden Anregungen überkompensiert hätte. Der Angebotsdruck blieb gleichwohl auf vielen Märkten sehr stark. Bei den NE-Metallen trugen dazu insbesondere umfangreiche Lieferungen aus östlichen Ländern bei, zumal dort der Inlandsbedarf zumeist noch abnahm; die Bestände an den Warenbörsen steigen daher weiter. Die Erzeuger von agrarischen Rohstoffen wie Baumwolle, Wolle und Kautschuk verfügen ebenfalls nach wie vor über große Vorräte. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe gaben unter diesen Umständen bis in die

jüngste Zeit nach, doch hat sich das Tempo des Rückgangs im Laufe des Sommerhalbjahres deutlich verlangsamt.

Im kommenden Jahr wird der Rohstoffbedarf aufgrund der zu erwartenden leichten Belebung der Konjunktur in den Industrieländern etwas zunehmen. Mit der Verbesserung der Absatzaussichten läßt wohl auch die Zurückhaltung der Verarbeiter bei Vorratsdispositionen nach. Demgegenüber verringern sich die Lagerbestände bei den Rohstoffherzeugern und an den Warenbörsen allmählich, zumal die Produktion der meisten Rohstoffe erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung steigt. Allerdings werden die Lieferungen von Metallen aus östlichen Ländern wohl hoch bleiben. Insgesamt ist ein Ende der Flaute auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe zu erwarten, und die Preise werden leicht anziehen.

Die Weltnachfrage nach Erdöl hat vor allem infolge der Konjunkturschwäche in Westeuropa und Japan weiterhin kaum zugenommen. Da das Angebot reichlich blieb, ging der Weltmarktpreis nach der Jahresmitte deutlich zurück. Die Einigung der OPEC-Länder auf eine neue Förderquote im September, die für die nächsten Monate bei saisonal steigendem Bedarf eine Verminderung des Angebotsdrucks erwarten läßt, löste nur eine leichte Verteuerung

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ²⁾		
		1992	1993	1994	1992	1993	1994
Deutschland	10,8	2,1	-1,5	1,5	4,7	4,0	3,0
Westdeutschland		1,6	-2,0	1,0	4,0	4,0	3,0
Ostdeutschland		9,7	6,0	7,0	11,1	9,0	4,5
Frankreich	7,4	1,4	-1,0	0,5	2,4	2,0	2,0
Italien	6,8	0,9	-0,5	1,25	5,2	4,5	4,5
Großbritannien	5,9	-0,5	2,0	2,5	3,7	2,0	3,5
Spanien	3,2	1,0	-1,0	1,0	5,9	4,5	4,5
Niederlande	1,8	1,4	-0,5	1,0	3,7	2,0	2,5
Schweiz	1,5	-0,1	-0,5	1,5	4,0	3,5	2,5
Schweden	1,4	-1,7	-2,5	1,0	2,3	4,5	3,0
Belgien	1,2	0,7	-1,5	0,5	2,4	3,0	2,5
Österreich	1,0	1,5	-0,5	1,5	4,1	3,5	3,0
Dänemark	0,8	1,1	-1,0	1,0	2,1	1,0	1,5
Norwegen	0,6	3,3	1,5	2,5	2,3	2,5	2,5
Finnland	0,6	-4,0	-2,0	1,0	2,9	2,5	3,5
Westeuropa ³⁾	43,0	1,0	-0,6	1,3	4,0	3,3	3,2
USA	33,3	2,6	2,5	2,75	3,0	3,0	3,0
Japan	20,5	1,3	0,0	1,75	1,7	1,0	1,0
Kanada	3,2	0,7	2,5	3,5	1,5	2,0	2,5
Insgesamt ³⁾	100,0	1,6	0,7	1,9	3,1	2,7	2,7
Nachrichtlich: Insgesamt ⁴⁾		0,9	-0,2	1,3	3,5	2,9	2,9

1) Veränderungsdaten für 1993 und 1994 geschätzt. — 2) Für Deutschland Preisindex für den privaten Verbrauch. — 3) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt von 1992. — 4) Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1992.

Reales Bruttoinlandsprodukt und reale Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1992	1993	1994		1992	1993	1994
Deutschland	12,2	2,1	-1,5	1,5	12,3	2,7	-1,0	1,0
Westdeutschland		1,6	-2,0	1,0		1,5	-2,0	0,5
Ostdeutschland		9,7	6,0	7,0		11,2	5,0	4,5
Frankreich	8,4	1,4	-1,0	0,5	8,3	0,4	-1,25	0,5
Italien	7,8	0,9	-0,5	1,25	7,8	1,0	-3,0	0,5
Großbritannien	6,7	-0,5	2,0	2,5	6,8	0,5	1,5	2,5
Westeuropa ²⁾	35,1	1,2	-0,5	1,3	35,2	1,4	-1,1	1,1
USA	37,9	2,6	2,5	2,75	38,2	2,9	3,25	3,25
Japan	23,4	1,3	0,0	1,75	22,9	0,6	0,0	2,0
Kanada	3,6	0,7	2,5	3,5	3,7	-0,1	2,0	3,0
Industrieländer ²⁾	100,0	1,7	0,9	2,0	100,0	1,7	0,9	2,2

1) Veränderungsdaten für 1993 und 1994 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1992.

aus. Von kurzfristigen Schwankungen abgesehen ist trotz einer voraussichtlichen leichten Zunahme des Verbrauchs im nächsten Jahr kein nachhaltiger Anstieg des Erdölpreises zu erwarten, da das Angebot dem höheren Bedarf auch bei einer Fortdauer des Embargos für Lieferungen des Irak rasch angepaßt werden dürfte. Der Importpreis der OECD-Länder wird für die Prognose mit 17 Dollar je Barrel — wie er sich auch im Durchschnitt des ersten Dreivierteljahrs 1993 ergab — angesetzt.

Bei Nahrungs- und Genußmitteln haben Preissteigerungen im Laufe des Sommerhalbjahres leicht überwogen. Ausschlaggebend dafür war die starke Verteuerung von

Kaffee und Kakao, bei denen die Ernte erheblich hinter dem Verbrauch zurückblieb. Dagegen verbilligte sich Weizen infolge eines Produktionsüberschusses. Diese gegenläufigen Tendenzen dürften sich fortsetzen; zugleich werden die Notierungen der meisten Ölsaaten voraussichtlich nachgeben. Insgesamt wird sich das Preisniveau für Nahrungs- und Genußmittel bis zum nächsten Frühjahr wohl wenig verändern.

Belebung des Welthandels

Die Expansion des Welthandels ist in diesem Jahr vor allem durch die Nachfrageschwäche in den meisten west-

Produktion, Preise und Arbeitslosigkeit in Osteuropa

	Reales Sozialprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994
Bulgarien	-8	-5	-3	90	80	50	15	17	18
Polen	1	3	3	43	35	30	14	15	15
Rumänien	-15	-10	-5	200	220	150	9	10	12
Slowakische Republik	-6	-6	-2	10	25	20	10	15	18
Tschechische Republik	-7	-1	2	11	15	10	3	4	6
Ungarn	-5	-2	0	23	20	15	12	15	16
Ausgewählte Länder der GUS									
Rußland	-19	-15	-8	1 500	1 000
Ukraine	-14	-18	-10	1 500	1 200
Weißrußland	-10	-15	-8	1 000	1 200

1) Stand zum Jahresende.

Quellen: Nationale Veröffentlichungen, internationale Institutionen und Schätzungen der Institute.

europäischen Volkswirtschaften gebremst worden. Zwar ist eine Quantifizierung infolge der grundlegenden statistischen Umstellung bei der Erfassung des „Intrahandels“ der EG mit großer Unsicherheit behaftet; aber die verfügbaren Angaben deuten darauf hin, daß die Importe zunächst im Frühjahr infolge der Rezession spürbar zurückgingen und danach allenfalls wenig gestiegen sein dürften. In Japan kam es demgegenüber wegen der Aufwertung des Yen trotz konjunktureller Stagnation zu einer leichten Zunahme der Einfuhr. Am stärksten aber expandierte sie in den USA. Auch die Schwellenländer weiteten ihre Bezüge nach wie vor kräftig aus. Insgesamt wird indes das Welthandelsvolumen im Jahre 1993 aufgrund der ungünstigen Entwicklung in Westeuropa mit einem Zuwachs von etwa 3 vH den geringsten Anstieg seit Mitte der achtziger Jahre aufweisen.

Für das nächste Jahr zeichnet sich mit der voraussichtlichen leichten Belebung der Konjunktur in Westeuropa und in Japan und einem Fortgang der Aufwärtsbewegung in Nordamerika eine wieder raschere Zunahme der Importe der Industrieländer ab. Auch in vielen asiatischen und in einigen lateinamerikanischen Entwicklungsländern werden

die Einfuhren weiterhin kräftig ausgeweitet. Dagegen werden die Erdölexportländer ihre Käufe wahrscheinlich nur mäßig erhöhen, da ihre Erlöse wenig steigen und eine Vergrößerung der Leistungsbilanzdefizite offensichtlich vermieden werden soll. In besonderem Maße aber engen Zahlungsbilanzprobleme den Spielraum für eine Ausweitung der Importe in den mittel- und osteuropäischen Ländern ein. Alles in allem wird aber der Zuwachs des realen Welthandels im Jahre 1994 aufgrund der lebhafteren Konjunktur in den Industrieländern mit etwa 5 vH deutlich höher sein als im Vorjahr.

Der internationale Warenaustausch ist gekennzeichnet von der fortschreitenden Vertiefung der Arbeitsteilung sowohl zwischen den Industrieländern als auch zwischen ihnen und den Entwicklungsländern, neuerdings verstärkt aber auch innerhalb dieser Ländergruppe. Ein erfolgreicher Abschluß der GATT-Runde würde diesen Prozeß unterstützen. Das wäre eine wichtige Voraussetzung für die Entschärfung der gravierenden wirtschaftlichen Probleme in den Entwicklungsländern sowie in den osteuropäischen Reformländern und zugleich ein Beitrag zur Verbesserung des Investitionsklimas in den Industrieländern.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die wirtschaftliche Talfahrt in Deutschland hat sich seit dem Frühjahr 1993 nicht mehr fortgesetzt. Die tiefe Rezession im Westen ist damit jedoch nicht überwunden, und die ostdeutsche Wirtschaft steckt weiterhin in der Anpassungskrise. In Westdeutschland hat die gesamtwirtschaftliche Produktion nach dem nochmaligen starken Rückgang zu Jahresbeginn im Verlauf des Sommerhalbjahres stagniert. Dabei ist die Auslastung der Produktionsanlagen erneut gesunken, die Zahl der Erwerbstätigen hat sich kräftig vermindert und die der Arbeitslosen ist gestiegen. In Ostdeutschland nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 1993 in der Grundtendenz zu, wenn auch gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt. Die Beschäftigung ist in diesem Jahr nur wenig verringert worden, die Arbeitslosigkeit hat sich kaum erhöht.

In Westdeutschland gibt es viele Anzeichen dafür, daß es nicht zu einem nochmaligen konjunkturellen Rückschlag kommt. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem In- und dem Ausland nehmen seit geraumer Zeit zu. Die Rentabilität der Unternehmen dürfte sich als Ergebnis der starken Rationalisierungsanstrengungen und des allgemeinen Durchforstens der Betriebe, des geringeren Anstiegs der Löhne und der gesunkenen Finanzierungskosten zuletzt verbessert haben. Die Unternehmen beurteilen die geschäftlichen Aussichten günstiger als noch im Frühjahr, und die Gewinnerwartungen haben sich aufgehellt.

Dies, die konjunkturelle Entwicklung im Ausland und der Kurs der Wirtschaftspolitik hier wie dort sprechen dafür, daß die westdeutsche Wirtschaft die Talsohle erreicht hat¹. In wichtigen außereuropäischen Märkten ist die wirtschaftliche Entwicklung aufwärtsgerichtet. In Europa hat sich die Lage nicht mehr verschlechtert. Der zuvor enge Kurs der Geldpolitik ist überall gelockert worden; die Notenbanken haben ihre Zinsen beträchtlich gesenkt. In der Lohnpolitik ist es nach den Übersteigerungen in der Hochkonjunktur zu deutlich niedrigeren Abschlüssen gekommen. Damit in der westdeutschen Wirtschaft ein Aufschwung bald in Gang kommen kann, müssen von der Wirtschaftspolitik weitere Impulse ausgehen. Die Lohnpolitik muß signalisieren, daß sie nachhaltig zur Verbesserung der Gewinne der Unternehmen beitragen will. Die Fortschritte bei der Preisstabilisierung würden durch die konjunkturelle Erholung nicht gefährdet; die Bundesbank sollte die kurzfristigen Zinsen rasch unter das Niveau der langfristigen senken. Sie trüge damit dazu bei, daß sich der Attentismus der Investoren auflöst. Im europäischen Ausland würde einem solchen Kurs der deutschen Geldpolitik sicherlich rasch gefolgt; dies würde die Konjunktur dort verstärken und somit auch die deutsche Wirtschaft anregen.

Ob ein neuer Aufschwung mittelfristig in ein kräftiges Wachstum der Wirtschaft einmünden kann, wird allerdings durch weitere Faktoren bestimmt. Insbesondere muß der

Konsens darüber erneuert werden, daß dauerhaft günstige Gewinnerwartungen der Unternehmen die Voraussetzung für einen starken Anstieg der Investitionen und eine lebhafte gesamtwirtschaftliche Expansion sind. Außer auf die Lohnpolitik, von der es maßgeblich abhängt, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der jetzigen Rezession nicht wiederum zu einem höheren Sockel an Arbeitslosigkeit führt, kommt es vor allem auf die Wirtschafts- und die Finanzpolitik an; hier gibt es bislang lediglich ad hoc Maßnahmen, aber keine mittelfristig angelegte Konzeption.

In Ostdeutschland hat sich die Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr im Vergleich zum zurückliegenden verlangsamt. Dazu trug auch die Rezession in Westdeutschland und im übrigen Westeuropa bei, die den Absatz ostdeutscher Produkte außerhalb der neuen Bundesländer erschwert und westliche Investoren veranlaßt hat, ihre Investitionsvorhaben zu vermindern oder zu strecken. Im Zuge einer konjunkturellen Belebung im Westen wird sich hier eine Besserung ergeben. Gleichwohl besteht die Gefahr, daß sich die Aufwärtsentwicklung abflacht. Getragen wurde sie bisher von den umfangreichen staatlichen Transfers von West nach Ost für Unternehmen sowie für private und öffentliche Haushalte, die insbesondere die Produktion im Baugewerbe und in den Dienstleistungen angeregt haben. In Zukunft werden die Transfers deutlich verlangsamt steigen, dies dämpft die kräftige Expansion in den genannten Bereichen. Entscheidend ist deshalb, daß die privaten Investoren zu einem verstärkten Engagement in den neuen Bundesländern angeregt werden und die Produktion in anderen Wirtschaftszweigen, vor allem in der Industrie, zügig ausgeweitet wird. Zwar sind in der Industrie im einzelnen durchaus große Fortschritte zu erkennen, und die Produktion ist im ganzen aufwärtsgerichtet. Der unstete Verlauf belegt allerdings, daß die Lage sehr labil ist. Für den Großteil aller Industrieunternehmen, privatisierte ebenso wie solche, die sich im Besitz der Treuhandanstalt befinden, sind die hohen Lohnkosten nach wie vor ein sehr großer Wettbewerbsnachteil. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist deshalb auch im Verlaufe dieses Jahres zurückgegangen, wenngleich bei dem nun sehr niedrigen Niveau verlangsamt.

Westdeutschland

Im Tief der Konjunktur

Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich in den Sommermonaten nicht fortgesetzt. Das gleiche gilt für die Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe, die zuvor stark gesunken war und damit die Rezession ge-

¹ Das DIW vertritt bezüglich der weiteren konjunkturellen Entwicklung eine andere Meinung. Diese ist am Ende der Diagnose dargelegt.

prägt hatte. Vieles spricht dafür, daß dies der Tiefpunkt der Konjunktur und nicht lediglich eine Pause vor einem weiteren Rückgang ist: Wichtige Indizien sind der tendenzielle Wiederanstieg des Auftragseingangs in der Industrie und die Besserung des Geschäftsklimas vor dem Hintergrund günstiger gewordener konjunktureller Rahmenbedingungen. Hierzu zählen namentlich die gesunkenen Zinsen, die stark gedämpfte Lohnentwicklung und die allmähliche Belebung der Weltkonjunktur. Die konjunkturelle Entwicklung entsprach damit der in der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr gestellten Prognose.

Beendet wurde der Produktionsrückgang, wie erwartet, wohl vor allem durch die Tendenzänderung in der Lagerbildung. Einiges spricht dafür, daß darüber hinaus der Rückgang der Ausfuhr weitgehend aufgehört hat. Das Urteil wird dadurch erschwert, daß die Außenhandelsstatistik seit der Umstellung im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des europäischen Binnenmarktes offensichtlich unvollständige Daten ausweist. Zur Stabilisierung beigetragen haben auch die Normalisierung beim privaten Verbrauch nach den Verzerrungen, die um die Jahreswende wegen der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 14 auf 15 vH eingetreten waren, und die deutliche Verlangsamung des Rückgangs bei den Ausrüstungsinvestitionen. Dagegen hat die Bautätigkeit, deren Anstieg während der Rezession ein gewisses Gegengewicht zu den kontraktiven Kräften bildete, kaum noch zugenommen.

Gelegentlich wird aus den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im zweiten Quartal, nach denen alle Aggregate der Endnachfrage einen Rückgang gegenüber dem Vorquartal aufwiesen und nur die Lagerbestände zugenommen haben, auf eine labile Situation mit der Gefahr eines erneuten Sinkens der gesamtwirtschaftlichen Produktion geschlossen. Gegen diese Deutung spricht außer der bereits erwähnten Verbesserung wichtiger Rahmenbedingungen auch die Erfahrung, daß die ersten Ergebnisse der Gesamtrechnung hinsichtlich der Aufteilung auf die einzelnen Nachfrageaggregate oft erheblich revidiert werden. Auch diesmal wird wahrscheinlich ein Teil der Beträge, die zunächst im Restposten Lagerbestandsveränderung verbucht wurden, nach Vorliegen weiterer Informationen der Endnachfrage zugeschrieben werden. Im dritten Quartal ist das reale Bruttoinlandsprodukt nach den bisher vorliegenden Daten etwa unverändert geblieben. Das gilt mehr oder weniger auch für die einzelnen Nachfrageaggregate.

Trotz der Stabilisierung der Produktion hielt der starke Rückgang der Beschäftigung an, vor allem im verarbeitenden Gewerbe. Dies zeigt, wie groß der Kostendruck im Zusammenwirken der vorangegangenen Lohnwelle und des rezessionsbedingten Nachlassens der Kapazitätsauslastung geworden war. Die Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit ist überraschenderweise erheblich geringer als der Rückgang der Beschäftigung. Das ist wohl auch mit der umfangreichen Karteibereinigung zu erklären, die seit Anfang des Jahres im Zusammenhang mit der Überprü-

fung der mißbräuchlichen Inanspruchnahme sozialer Leistungen vorgenommen wird. Zugenommen hat auch die Stille Reserve, d.h. die Zahl jener Erwerbspersonen, die zwar zur Zeit erwerbslos sind, aber entweder erst später eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen oder können oder hierzu schon gegenwärtig bereit und in der Lage sind, ohne bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet zu sein. Das Angebot an Arbeitskräften hat jedenfalls noch zugenommen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich nach dem durch die Mehrwertsteueranhebung verursachten Sprung am Jahresanfang merklich verlangsamt. Zwar waren die Verbraucherpreise auch im September noch um 4 vH höher als im Vorjahr, doch die für die aktuelle Tendenz viel aussagekräftigere laufende Rate — der saisonbereinigte Anstieg von Monat zu Monat, auf ein ganzes Jahr hochgerechnet — betrug in dem Zeitraum Juni bis September lediglich etwa 2½ vH. Die Einfuhrpreise wirkten nur noch wenig entlastend; sie sind schon seit Mitte des vergangenen Jahres fast unverändert geblieben. Im einzelnen war die Entwicklung der Verbraucherpreise immer noch sehr differenziert. Die Preise für industriell erzeugte Verbrauchsgüter und für Nahrungsmittel blieben in den letzten Monaten weitgehend konstant, die für Dienstleistungen — besonders solche von staatlichen Anbietern — und die Mieten stiegen dagegen noch recht kräftig.

Zunächst nur schwacher Produktionsanstieg

Ist ein erneutes Sinken der gesamtwirtschaftlichen Produktion auch unwahrscheinlich, so gibt es doch noch keine eindeutigen Anzeichen für eine Belebung der Konjunktur. Vorlaufende Indikatoren wie der Auftragseingang und die Kurve des Geschäftsklimas sind zwar seit einiger Zeit aufwärtsgerichtet, steigen aber noch verhalten. Für eine baldige Erholung der Konjunktur spricht jedoch die anhaltende Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen. Daß einem neuen Aufschwung strukturelle Schwierigkeiten nicht entgegenstehen, wurde schon im Frühjahrsgutachten betont. Der Einbruch der Nachfrage in der Industrie ist weitgehend ein zyklisches Phänomen. Zwar gibt es, so wurde damals ausgeführt, neben den konjunkturellen Problemen — die vor allem aus der Kollision von Lohn- und Geldpolitik entstanden sind — wie schon in der Vergangenheit auch strukturelle Verwerfungen, die die wirtschaftliche Entwicklung belasten. Doch die konjunkturelle Wende hängt von anderen Faktoren ab, namentlich von der Normalisierung der Zinsstruktur, von der Verbesserung der Zins-Gewinn-Relation, von der Preis- und Kostenstabilisierung und von einer Belebung der Weltkonjunktur. Auf allen diesen Gebieten hat es Fortschritte gegeben; in letzter Zeit gilt das auch für die Zins-Gewinn-Relation, von der die Investitionsneigung stark beeinflußt wird.

Unserer Einschätzung nach wird die Belebung der Konjunktur im Winterhalbjahr beginnen, getragen von einer Aufwärtstendenz der Ausfuhr und der Ausrüstungsinvesti-

tionen. Zu Beginn des kommenden Jahres wird die konjunkturelle Grundrichtung jedoch vorübergehend durch negative Einflüsse überdeckt werden. Das sind vor allem die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Beiträge zur Rentenversicherung, möglicherweise auch die Einführung einer Abgabe zur Pflegeversicherung. Deutlich wird die Aufwärtsbewegung also wohl erst vom nächsten Frühjahr an werden. Im späteren Verlauf des Jahres 1994 wird sie voraussichtlich ein Tempo erreichen, das die Bezeichnung Aufschwung rechtfertigt. Darunter wird hier eine Expansion verstanden, die mit zunehmender Auslastung des gegenwärtig um etwa 2½ vH jährlich wachsenden gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials verbunden ist. Die bevorstehende Belebung der Konjunktur ändert nichts daran, daß dringende Probleme der deutschen Wirtschaft der Lösung harren. Insbesondere müssen, wenn ein durchgreifender Abbau der Arbeitslosigkeit gelingen soll, die Arbeitskosten je Produkteinheit sinken und die Arbeitsmarktbedingungen flexibler werden.

Annahmen der Prognose für Westdeutschland

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen wird angenommen:

- Die Produktion in den Industrieländern steigt, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, im Verlauf des nächsten Jahres verstärkt.
- Der Ölpreis verändert sich nur wenig, die Weltmarktpreise anderer Rohstoffe erhöhen sich mäßig.
- Der Außenwert der D-Mark nimmt gegenüber dem Dollar tendenziell ab; gegenüber den europäischen Währungen bleibt er nahezu konstant.
- Die Nachfrage aus Ostdeutschland expandiert nur schwach.
- Die Lohnabschlüsse sind etwas niedriger als in diesem Jahr.
- In der Finanzpolitik werden die bisherigen Beschlüsse umgesetzt, die mögliche Einführung der Pflegeversicherung ist nicht berücksichtigt.
- Die Zinsen am Kapitalmarkt sinken kaum noch. Die Bundesbank setzt die Politik der Zinssenkung fort, die Geldmarktzinsen gehen dabei nochmals deutlich zurück. Anfang des nächsten Jahres werden die kurzfristigen Zinsen erstmals seit Ende 1990 wieder niedriger als die langfristigen sein.

Allmähliche Besserung der Ausfuhrperspektiven

Die konjunkturellen Bedingungen für den deutschen Export werden allmählich wieder günstiger. In den USA wird die wirtschaftliche Erholung sich fortsetzen und im nächsten Jahr etwas an Intensität gewinnen. In Westeuropa, dem mit Abstand wichtigsten deutschen Absatzmarkt,

dürfte die Talsohle der Konjunktur erreicht sein; im Laufe des nächsten Jahres werden auch hier Auftriebskräfte vorherrschen. Allerdings wird das Expansionstempo zunächst noch moderat sein, und einen Vorlauf gegenüber der Konjunktur in Deutschland wird es wohl nicht geben. Mit der Zunahme der Produktion in den Industrieländern, insbesondere in Westeuropa, wird auch die Nachfrage nach deutschen Exportgütern steigen.

Allerdings hat sich die Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen gegenüber Anbietern aus den meisten anderen westeuropäischen Ländern durch die Höherbewertung der D-Mark — zum Teil spürbar — verschlechtert. So war der reale Wechselkurs der D-Mark gegenüber den europäischen Währungen im September um rund 12 vH höher als Mitte 1992. Veränderungen des realen Wechselkurses schlugen sich erfahrungsgemäß erst mit einer Verzögerung von mindestens einem halben Jahr in den realen Warenströmen nieder. Auch wenn sich — wie hier angenommen wird — künftig die Wettbewerbsposition nicht weiter verschlechtert, wird die bisherige Veränderung noch einige Zeit nachwirken. Andererseits hat sich die D-Mark gegenüber Dollar und Yen real deutlich abgewertet; gegenüber beiden Währungen zusammengenommen war der reale Wechselkurs der D-Mark im September um fast 15 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Die Wettbewerbsposition gegenüber Anbietern aus dem Dollarraum — zu dem neben Nordamerika faktisch auch die südostasiatischen neuen Industrieländer gehören — und vor allem gegenüber Japan, einem der wichtigsten Konkurrenten, hat sich damit auf allen Märkten spürbar verbessert; das ist für den deutschen Export von erheblicher Bedeutung.

Beim Wiederanstieg von Nachfrage und Produktion in den westeuropäischen Partnerländern wird der Export dorthin trotz der realen Aufwertung der D-Mark allmählich auf einen Expansionspfad einschwenken; das Tempo wird aber zunächst verhalten sein. Weitere Impulse sind aus den USA und aus den Entwicklungsländern zu erwarten. Auf den dortigen Märkten wirkt sich außerdem die günstiger gewordene Wettbewerbsposition deutscher Anbieter aus. Steigen wird auch die Ausfuhr in die mittel- und osteuropäischen Reformländer. Der Ausbau der Handelsbeziehungen mit diesen Ländern, der schon in den vergangenen Jahren spürbare Fortschritte gemacht hatte, wird vorankommen.

Alles in allem erscheint im nächsten Jahr eine Zunahme der westdeutschen Ausfuhr (Spezialhandel) um 3 bis 4 vH erreichbar, nach einem Rückgang um wahrscheinlich 7 vH in diesem Jahr. Der Export wird also zu dem beginnenden Aufschwung beitragen. Die Zahlen — nicht die Tendenzen — sind wegen der statistischen Erfassungsprobleme allerdings noch recht unsicher.

Wiederanstieg der Ausrüstungsinvestitionen

Seit dem Frühjahr hat sich der zuvor starke Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen deutlich verlangsamt; ein

Anstieg zeichnet sich allerdings erst für das nächste Jahr ab. 1993 wird das Niveau im Vorjahr um fast 15 vH unterschritten.

Ausschlaggebend für die Erholung im Jahre 1994 sind mehrere Gründe. Der Anstieg der Arbeitskosten wird sich weiter verlangsamen; dafür sprechen die niedrigeren Lohnabschlüsse. Hinzu kommen steuerliche Erleichterungen für die Unternehmen (Senkung des Spitzensteuersatzes) und eine Normalisierung der Zinsstruktur. Die Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen haben die Aussichten auf Produktivitätssteigerungen deutlich verbessert.

Wichtig sind weiter die günstigeren Absatzerwartungen. Bei der Auslandsnachfrage ist schon seit Ende letzten Jahres eine Aufwärtstendenz zu beobachten. Sie wird sich im kommenden Jahr mit der Konjunkturerholung in wichtigen Partnerländern weiter kräftigen. Die Auftragseingänge aus dem Inland sind in den letzten Monaten ebenfalls nach oben gerichtet. Im Zuge der geldpolitischen Lockerung wird sich die Inlandsnachfrage im Jahr 1994 zusätzlich beleben. Dank dieser Nachfrageentwicklung und der Kostensenkungsmaßnahmen in den Unternehmen wird sich die Rentabilität schon bald wieder verbessern. Hierfür sprechen auch die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, wonach die künftige Geschäftslage deutlich weniger pessimistisch eingeschätzt wird als noch vor wenigen Monaten. Das Schwergewicht der Investitionstätigkeit wird auf Rationalisierung und Modernisierung liegen; dem Erweiterungsmotiv kommt zunächst nur eine geringe Bedeutung zu. Im Jahresdurchschnitt 1994 werden die Ausrüstungsinvestitionen um reichlich 2,5 vH höher sein als in diesem Jahr.

Baukonjunktur mit wenig Dynamik

Der Wohnungsbau ist derzeit die einzige Stütze der westdeutschen Baukonjunktur. Beim Wirtschafts- und im öffentlichen Bau stehen die Zeichen auf Produktionseinschränkung. Die gesamte Bauleistung wird 1993 nur leicht über dem Niveau im Vorjahr liegen. Die labile Baukonjunktur in Westdeutschland wird sich im nächsten Jahr etwas erholen. Unvermindert kräftige Impulse werden vom Wohnungsbau ausgehen. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften hingegen vorläufig gedämpft bleiben; darauf deuten die geschrumpften Auftragsbestände und die rückläufigen Auftragseingänge hin. Erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres wird sich im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Besserung die Tätigkeit im Wirtschafts- und öffentlichen Bau beleben. Im öffentlichen Bau muß weiterhin mit einem Rückgang gerechnet werden. Maßgeblich hierfür ist die schlechte finanzielle Lage der Gebietskörperschaften.

Bei der nach wie vor deutlichen Zunahme der Wohnungsbautätigkeit und den Rückgängen in den Bereichen Wirtschafts- und öffentlicher Bau werden die realen Bauinvestitionen in Westdeutschland im kommenden Jahr um etwa 1,5 vH höher sein als in diesem. Die Zahl der Be-

schäftigten wird dabei leicht zurückgehen. Bei dem langsameren Lohnanstieg und der schwachen Expansion der Nachfrage wird der Preisauftrieb weiter nachlassen.

Privater Verbrauch rückläufig

Der reale private Verbrauch wird 1994 wie schon im Jahr 1993 niedriger als im Vorjahr sein. Zu Beginn des Jahres 1994 wird der Konsum durch Steuer- und Abgabenerhöhungen deutlich gedämpft; im Verlauf der zweiten Jahreshälfte dürfte er leicht zunehmen.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird ähnlich moderat wie 1993 steigen. Zwar nimmt die Zahl der Beschäftigten schwächer ab, und das Arbeitsvolumen insgesamt wird nicht mehr so stark sinken. Zugleich werden aber die effektiven Stundenverdienste langsamer steigen. Maßgeblich hierfür sind die nochmals niedrigeren Tarifabschlüsse in der privaten Wirtschaft sowie der weitere Abbau übertariflicher Leistungen; außerdem wird die Besoldung der Beamten nicht erhöht.

Erstmals seit dem Jahr 1967 wird die Nettolohn- und -gehaltssumme geringer als im Vorjahr sein. Zwar dürfte der Beitragssatz zur Krankenversicherung wegen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen leicht zurückgenommen werden; zur Aufstockung der stark abgeschmolzenen Schwankungsreserve in der Rentenversicherung wird jedoch der Beitragssatz zur Rentenversicherung — um 1,7 Prozentpunkte — erhöht werden.

Die Transfereinkommen der privaten Haushalte werden deutlich langsamer als 1993 zunehmen. Hierzu tragen primär die vorgesehenen Leistungseinschränkungen im Sozialbereich bei. Außerdem fällt die Anpassung der Altersrenten schwächer aus. Die Pensionsbezüge werden wie die Besoldung der Beamten nicht erhöht. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden im Laufe des kommenden Jahres mit der wieder besseren Konjunktur nur leicht anziehen. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1994 nominal allenfalls um 1,5 vH höher sein, real werden sie deutlich niedriger liegen als im Jahr 1993.

Auf das Minus bei den verfügbaren Realeinkommen dürften die Verbraucher nach der Erfahrung mit einem leichten Rückgang der Sparquote reagieren. Die Prognose basiert auf der Annahme, daß die Sparquote im kommenden Jahr um einen halben Prozentpunkt geringer sein wird als im laufenden. Der reale private Verbrauch wird wie schon 1993 um 1 vH abnehmen.

Schwächerer Anstieg der Verbraucherpreise

Auf der Verbraucherstufe hat sich das Tempo des Preisauftriebs spürbar verlangsamt. In den kommenden Monaten werden sich auch die Dienstleistungen weniger als zuvor verteuern, insbesondere weil der von den Lohnerhöhungen ausgehende Druck nochmals geringer wird. Wegen der stark erhöhten Nachfrage nach Wohnraum wird

der Anstieg der Mieten trotz der Ausweitung des Angebotes und der niedrigeren Realeinkommen erst allmählich nachlassen. Die allgemeine Abkühlung des Preisklimas dürfte schon im letzten Quartal dieses Jahres deutlicher werden. Im Jahresdurchschnitt 1993 wird die Teuerung aber noch reichlich 4 vH betragen. Die Preisberuhigung wird sich im nächsten Jahr fortsetzen. Nicht zuletzt wegen der kräftigen Mineralölsteuererhöhung zu Jahresanfang und der weiteren Anhebung administrierter Preise dürfte das Preisniveau 1994 gleichwohl noch um 3 vH höher sein als im Jahr 1993.

Gesamtwirtschaftliche Produktion nimmt zu

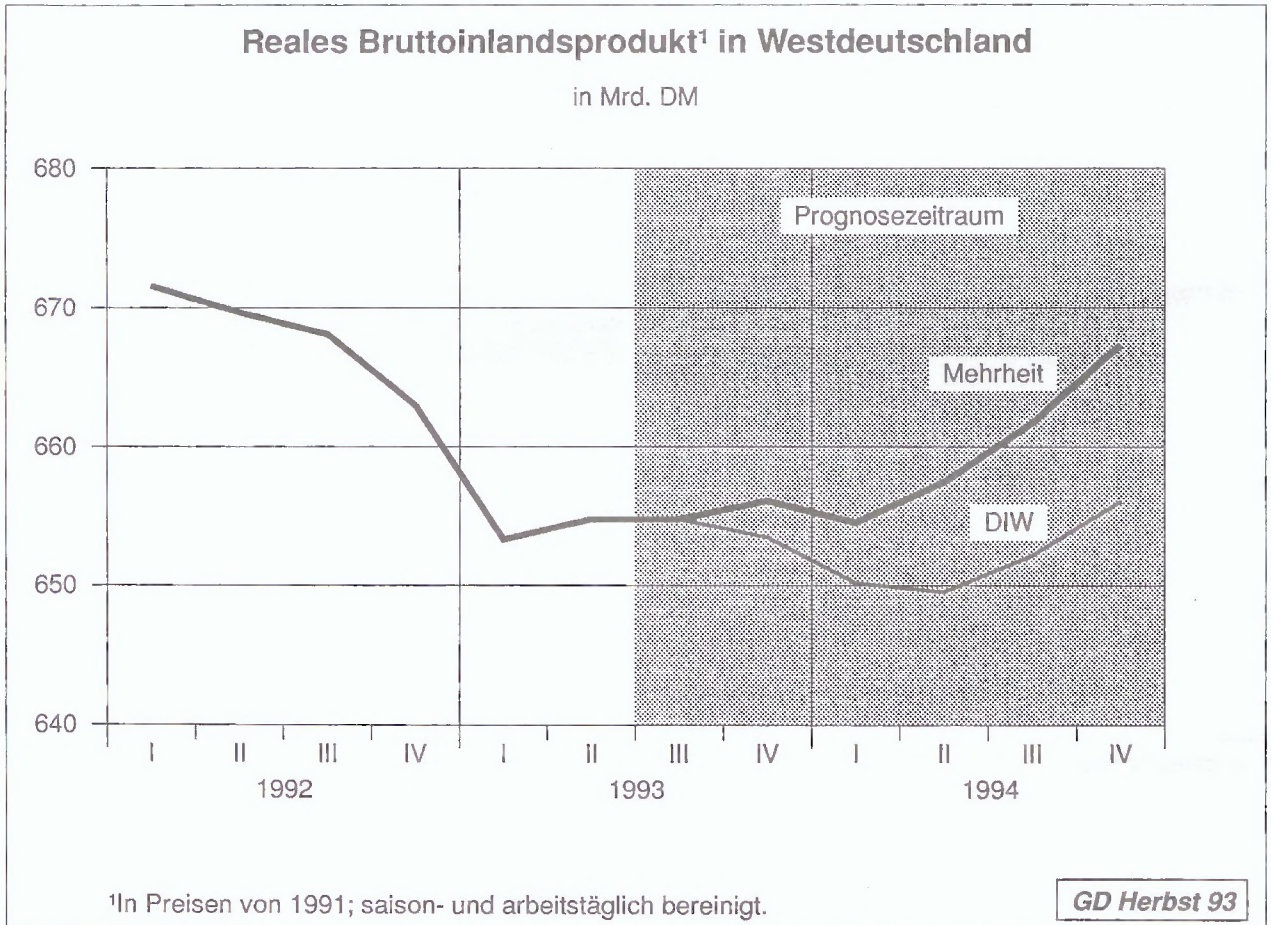
Nach dem starken Rückgang zu Jahresbeginn 1993 scheint sich die gesamtwirtschaftliche Produktion stabilisiert zu haben. Maßgeblich war, daß die Produktion im verarbeitenden Gewerbe nun nicht mehr abgenommen hat. In diesem Bereich dürfte sich noch im Winterhalbjahr eine Aufwärtstendenz durchsetzen, die sich allmählich verstärkt. Die Bruttowertschöpfung im Handel dürfte im kommenden Jahr sinken, in den Dienstleistungsbereichen wird sie zunächst nur gedämpft expandieren. Im Baugewerbe wird die Produktion wieder zunehmen, nachdem sie in diesem Jahr nahezu stagniert hat.

Das Bruttoinlandsprodukt wird wegen des niedrigen Niveaus am Jahresbeginn im Durchschnitt des Jahres 1993 um etwa 2 vH unter dem Vorjahresstand liegen. Trotz der deutlichen Expansion im späteren Jahresverlauf wird es 1994 nur wenig — um etwa 1 vH — größer als in diesem Jahr sein.

Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht vor Ende 1994 gestoppt

Im Jahresdurchschnitt 1993 wird die Zahl der Erwerbstätigen im Inland um eine halbe Million, d.h. um 1,7 vH, geringer als im Vorjahr sein. Im kommenden Jahr wird sich der Rückgang zunächst fortsetzen. Die zu erwartende konjunkturelle Erholung wird anfangs lediglich zu einem Abbau der Kurzarbeit und zu einem Anstieg der Produktivität führen. Zusätzliche Arbeitskräfte stellen die Unternehmen erst ein, wenn die betrieblichen Beschäftigungsreserven abgebaut sind und der Aufschwung an Kraft gewonnen hat. Saisonbereinigt dürfte die Erwerbstätigenzahl noch bis gegen Ende des Jahres 1994 zurückgehen; im Jahresdurchschnitt 1994 wird sie um 400 000 Personen, d.h. um 1,4 vH, niedriger sein als in diesem Jahr.

Das Erwerbspersonenpotential wird 1994 — vor allem zuwanderungsbedingt — weiter wachsen. Der Anstieg fällt



mit reichlich 150 000 allerdings geringer aus als im laufenden Jahr (250 000). Bei weiterhin schwacher Arbeitskräftenachfrage wird die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt noch bis gegen Jahresende 1994 zunehmen und dann knapp 2,7 Millionen betragen. Die Zunahme der Stillen Reserve um etwa eine Viertelmillion Personen verhindert, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen noch stärker steigt.

Gesamtdeutsche Leistungsbilanz nahezu unverändert

Sowohl die Exporte als auch die Importe von Waren dürften 1994 dem Wert nach um etwa 5 vH ausgeweitet werden. Der Handelsbilanzüberschuß wird damit nur marginal steigen. Dem voraussichtlich etwas verringerten Defizit in der Dienstleistungsbilanz steht eine Verschlechterung der Übertragungsbilanz in etwa gleichem Ausmaß gegenüber. Für die deutsche Leistungsbilanz ergibt sich damit im Jahre 1994 ein unverändert hohes Defizit von rund 40 Mrd. DM.

Ostdeutschland

Verhaltene Aufwärtsentwicklung

Die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft ist — bei erheblichen Unterschieden im einzelnen — insgesamt aufwärtsgerichtet. Die Unterstützung durch öffentliche Mittel spielt dabei immer noch eine große Rolle. Anstöße gehen jetzt aber auch von Betrieben aus, die ihre Produktionspalette und ihre Kostenstruktur den westlichen Marktverhältnissen angepaßt haben. Freilich fehlt es der Aufwärtsbewegung an Breite.

Der Aufbau neuer Produktionsstrukturen ist vor allem in den Bereichen vorangekommen, die für regionale Märkte produzieren. Das sind im wesentlichen das Dienstleistungsgewerbe und das Baugewerbe. In der Industrie dagegen wurden lediglich die durch den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit ausgelösten Schrumpfungsprozesse von der Expansion in bau- und konsumnahen Branchen abgewogen. Eine durchgreifende Verbesserung der Situation im industriellen Sektor ist nicht in Sicht.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor kritisch. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit August dieses Jahres wieder höher als ein Jahr zuvor; die Arbeitslosenquote der Erwerbspersonen liegt bei 15 vH. Angesichts des drastischen Abbaus der Kurzarbeit und der Verminderung des Einsatzes anderer Instrumente der Arbeitsmarktpolitik hätte sogar ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet werden können, da die Beschäftigung weiter gesunken ist. Offenbar sind viele Arbeitssuchende entmutigt und melden sich nicht mehr als arbeitslos bei der Arbeitsvermittlung. Gegenwärtig werden überdies noch 1,4 Millionen Personen durch Kurzarbeit, Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Frühverrentung vor der offenen Arbeitslosigkeit bewahrt.

Privatisierung vor dem Abschluß

Die Privatisierung der einstigen Staatsunternehmen der DDR geht ihrem Ende entgegen. Im Angebot der Treuhandanstalt befinden sich nur noch 635 Firmen, darunter 65 in Management-KG's. Diese Unternehmen beschäftigten im August 1993 noch 172 000 Personen. Die Treuhandanstalt hat inzwischen etwa 8 000 Unternehmen privatisiert. Davon haben bisher knapp 6 000 neue private Eigentümer gefunden, fast 1 500 wurden reprivatisiert, und 261 gingen in das Eigentum ostdeutscher Kommunen über. Etwa 3 000 Unternehmen mit 43 000 Beschäftigten befinden sich noch in Liquidation; diese war aber bis August 1993 erst in 61 Fällen abgeschlossen.

Die Bedeutung der restlichen Treuhandunternehmen für die ostdeutsche Wirtschaft ist zwar insgesamt gering, in einigen Branchen aber nach wie vor groß. Vor allem im Bergbau, in der chemischen Industrie, in der Eisen- und NE-Metallerzeugung sowie im Maschinenbau und damit in Branchen, die voll von der Rezession erfaßt wurden, ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Unternehmen noch erheblich. Im Maschinenbau liegt der Anteil der in Treuhandunternehmen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung bei rund 40 vH.

Die Treuhandanstalt besitzt noch 25 größere Unternehmen mit jeweils mehr als 1 000 Beschäftigten. Sie stellen reichlich die Hälfte aller noch in Treuhandfirmen Tätigen. Vor allem diese Unternehmen werden vermutlich schon wegen ihrer Größe und der mit einer Privatisierung verbundenen Freisetzung von Arbeitskräften nicht rasch verkauft. Hinzu kommt, daß fast alle Unternehmen der Treuhandanstalt bis zuletzt hohe Verluste machen. Erstaunlich ist dabei weniger die Tatsache, daß noch Verluste entstehen, als die Tatsache, daß sie nicht gesunken sind. In den meisten Branchen sind die Verluste, die die Treuhandunternehmen je Umsatzeinheit machen, nach einer drastischen Verschlechterung 1992 im ersten Halbjahr 1993 etwas geringer geworden, sie sind aber immer noch beträchtlich. In der chemischen Industrie und im Maschinenbau liegen sie derzeit bei 30 vH. Offenbar zwingen die Probleme mit Absatz und Kostensteigerungen die Treuhandunternehmen bisher nicht, stärker zu rationalisieren.

Industrie: Fortschritte ohne Breitenwirkung

Gegenwärtig trägt die Industrie in Ostdeutschland noch 3 bis 4 vH zur gesamtdeutschen Industrieproduktion bei und spielt damit nur noch eine untergeordnete Rolle in der überregionalen Arbeitsteilung. Die Entwicklung verläuft in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich. In der Regel expandieren solche Industriezweige, die für den Nahabsatz produzieren. Dabei handelt es sich zumeist um solche Sparten, die von der rasch expandierenden Bauwirtschaft profitieren. Überwiegend schlecht ist hingegen die Situation in Zweigen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen. Hier hat sich die Lage lediglich in den Bereichen gebessert, in denen sich, wie im Straßenfahr-

zeugbau und in Teilen der Elektrotechnik, große westliche Unternehmen engagieren. Die Umstrukturierung kommt jedoch insgesamt nur langsam voran, weil die Rezession die Erschließung neuer Märkte erschwert und die Investitionsneigung dämpft.

Die Achillesferse vieler ostdeutscher Industriebetriebe sind weiterhin die hohen Fertigungskosten. Die Lohnstückkosten waren im ersten Halbjahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum trotz Produktivitätssteigerung und Beschäftigungsabbau nicht geringer und sie sind im Durchschnitt immer noch weit höher als in Westdeutschland. In vielen Unternehmen kommt die Umstrukturierung der Produktpalette nicht voran; viele Betriebe machen nach wie vor Verluste.

Offensichtlich gibt es aber einzelne Unternehmensgruppen, deren Lage sich deutlich in der einen oder anderen Richtung vom industriellen Durchschnitt abhebt. Während Treuhandunternehmen in fast allen Branchen hohe Verlustquoten aufweisen, stößt nach Umfrageergebnissen des IWH eine zwar noch kleine, aber wachsende Zahl privatisierter Unternehmen in die Gewinnzone vor.

Verhaltener Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen

Die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen hat sich im laufenden Jahr trotz der nach wie vor hohen Investitionen im Verkehrs- und Nachrichtensektor sowie im Dienstleistungsbereich abgeschwächt². Darin kommen zum einen die Auswirkungen der Rezession im Westen zum Ausdruck, zum anderen bedeutet das aber auch eine gewisse Normalisierung nach dem sehr hohen Anfangstempo in den Jahren 1991 und 1992. Im kommenden Jahr werden nach Befragungen des ifo Instituts vor allem in der Industrie die Nachwirkungen der Rezession zunächst noch spürbar sein; die westdeutschen Investoren beabsichtigen, geplante Vorhaben zu strecken. Erst im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich die Zunahme der Investitionstätigkeit wieder beschleunigen. Weiterhin große Bedeutung haben die Investitionen westdeutscher Unternehmen mit einem Anteil von drei Vierteln an den Industrieinvestitionen. Nur etwa ein Viertel wird von privaten ostdeutschen Unternehmen, Treuhandbetrieben oder ausländischen Firmen getätigt.

Im Jahresdurchschnitt 1994 werden die Ausrüstungsinvestitionen in Ostdeutschland etwa mit der gleichen Rate wie im laufenden Jahr zunehmen. Im Verkehrs- und Nachrichtenbereich wird nach den immensen Anstrengungen in den ersten Jahren das hohe Investitionsvolumen gehalten. Im verarbeitenden Gewerbe wird trotz des nachlassenden Engagements westdeutscher Unternehmen im Jahresdurchschnitt die Zuwachsrate von 1993 erreicht. Dagegen dürfte sich der Investitionsstau in der Energiewirtschaft nach der nunmehr erzielten Einigung zwischen den Kommunen und den Energieunternehmen auflösen.

Die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft kommt im Zuge der steigenden Investitionstätigkeit weiter voran.

Pro Einwohner wird in den neuen Bundesländern 1994 voraussichtlich erstmalig mehr investiert als in Westdeutschland.

Bauinvestitionen weiterhin kräftig aufwärtsgerichtet

Die Expansion der Bauinvestitionen hat sich nach dem exorbitanten Zuwachs im Vorjahr etwas verlangsamt. Am stärksten war die Dämpfung im öffentlichen Bau; die Erhöhung betrug hier im ersten Halbjahr 1993 nur noch etwa 5 vH. Auch der Wirtschaftsbau stieg nicht mehr so rasch wie im Vorjahr; dazu dürfte die Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft durch die Rezession in Westdeutschland beigetragen haben. Die Zunahme im gewerblichen Bau von immerhin noch 20 vH übertraf die der Ausrüstungsinvestitionen gleichwohl deutlich.

Die Investitionen im Wohnungsbau gewinnen zunehmend an Schwung. Die Mietanhebungen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie die Regelung der Altschulden der Wohnungsunternehmen im Föderalen Konsolidierungsprogramm und die Aufstockung des KfW-Förderprogramms, haben einen kräftigen Anstieg der Auftragsgänge ausgelöst.

Der Wohnungsbau wird mit einem Plus von einem Viertel auch 1994 der wichtigste Wachstumsträger der Bauinvestitionen bleiben. Stand bislang die Wohnungsmodernisierung im Vordergrund, wird nun auch der Neubau an Bedeutung gewinnen; die Unsicherheit über die Einkommensentwicklung wirkt allerdings bremsend.

Der öffentliche Bau wird angesichts der Verengung des finanziellen Handlungsspielraums mit knapp 10 vH weniger rasch expandieren als in den Vorjahren. Auch der Wirtschaftsbau dürfte infolge der nachlassenden Dynamik westdeutscher Unternehmensinvestitionen verhaltener zunehmen. Gleichwohl werden die Bauinvestitionen insgesamt 1994 mit 15 vH nochmals kräftig steigen.

Stagnation des privaten Verbrauchs

Die Verlangsamung der Einkommensentwicklung im laufenden Jahr hat die Expansion der Konsumausgaben gebremst. So ist der private Verbrauch im Sommerhalbjahr nach einem noch kräftigen realen Zuwachs im Winterhalbjahr 1992/93 (6 vH) kaum noch gestiegen. Auch für 1994 zeichnet sich eine Stagnation ab. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist, daß der Anstieg der Tariflöhne nicht mehr in so starkem Maße wie zuvor über den der Verbraucherpreise hinausgeht.

² Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen, wie hier dargestellt, läßt sich aus den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht ohne weiteres nachvollziehen. Das liegt an immer noch gegebenen Unzulänglichkeiten des statistischen Datenermaterials, die eine plausible Verteilung der Investitionen auf die Halbjahre erschweren.

Die Nettolohn- und -gehaltsumme wird 1994, auch aufgrund der noch leicht sinkenden Beschäftigung und der Erhöhung der Sozialabgaben, lediglich um 2½ vH expandieren. Die Leistungseinschränkungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe werden den Anstieg der laufenden Übertragungen dämpfen. Alles in allem wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 4 vH zunehmen, nach knapp 10 vH in diesem Jahr. Real werden die verfügbaren Einkommen leicht sinken. Darauf dürften die Verbraucher mit einer Verringerung der Sparneigung reagieren, um das Niveau ihres Konsums zu halten.

Die Preise für Güter des privaten Verbrauchs werden im Durchschnitt dieses Jahres — wegen der kräftigen Anhebung der administrierten Komponenten — um 8 vH steigen. 1994 wird der Preisanstieg in Ostdeutschland mit 4,5 vH nur noch wenig höher sein als in Westdeutschland.

Kaum neue Märkte für Exporte

Der Rückgang des ostdeutschen Exports setzte sich in diesem Jahr fort. Wachsende wirtschaftliche und politi-

sche Spannungen in der GUS, dem immer noch mit Abstand wichtigsten ostdeutschen Absatzmarkt, ließen die Ausfuhren trotz umfangreicher Absicherung durch Hermes-Bürgschaften weiter schrumpfen. Darüber hinaus verringerte die Rezession in Westeuropa die Absatzchancen ostdeutscher Unternehmen auf westlichen Märkten spürbar. Die ostdeutsche Industrie ist also weiterhin nur schwach in die Arbeitsteilung eingebunden. Die grundlegende Umorientierung der ostdeutschen Wirtschaft erfolgt nur sehr langsam. Die Unternehmen haben ihre Produktpalette noch nicht genügend erneuert und das Kostenniveau noch nicht weit genug gesenkt, um auf den internationalen Märkten bestehen zu können.

Von der Verbesserung der Weltkonjunktur im Jahr 1994 wird auch die ostdeutsche Wirtschaft profitieren. Sie erleichtert die notwendige Erschließung neuer Märkte und die Verringerung der immer noch relativ großen Abhängigkeit vom Absatz in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Positiv wird sich dabei auch die allmähliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vieler ostdeutscher Betriebe,

Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland
1000 Personen

	1991	1992	1993 ¹⁾	1994 ¹⁾
	Jahresdurchschnitt			
Erwerbstätige im Inland	7 219	6 344	6 120	6 040
darunter:				
ABM-Beschäftigte	183	388	255	180
Kurzarbeiter	1 617	370	190	130
Frühverrentete	543	812	850	700
Berufliche Vollzeitweiterbildung	172	425	345	220
Arbeitslose	913	1 170	1 150	1 170
Pendlersaldo	290	365	360	345
Erwerbstätige Inländer	7 509	6 709	6 480	6 385
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	362	411	440	455
Abhängig Beschäftigte	7 147	6 298	6 040	5 930
	Veränderung gegenüber Vorjahr			
Erwerbstätige im Inland	-1 616	-875	-225	-80
Frühverrentete	304	269	40	-150
Berufliche Vollzeitweiterbildung	161	253	-80	-125
Arbeitslose	673	257	-20	20
Pendlersaldo	211	75	-5	-15
Erwerbstätige Inländer	-1 405	-800	-230	-95
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	94	49	30	15
Abhängig Beschäftigte	-1 499	-849	-260	-110

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

vornehmlich der bereits privatisierten Unternehmen, auswirken. Alles in allem dürfte der ostdeutsche Export 1994 merklich zunehmen; der Zuwachs schlägt gesamtwirtschaftlich allerdings nicht stark zu Buche.

Weiterhin hohes Defizit im innerdeutschen Handel

Die Wettbewerbsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft zeigt sich am deutlichsten in dem nach wie vor steigenden Importüberschuß im innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsverkehr. Im bisherigen Verlauf dieses Jahres nahm der Bezug von Waren weiter zu, wenn auch mit geringerem Tempo. Die Einfuhr von Dienstleistungen war dagegen weiter rückläufig.

Auch die Rezession in Westdeutschland dämpfte den Absatz ostdeutscher Produkte. So sank die Warenausfuhr in die alten Bundesländer, die zuvor bereits stagniert hatte, in der ersten Jahreshälfte. Gebremst wurde der Rückgang jedoch durch die zunehmenden Produktionsverflechtungen zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen.

Bei der erwarteten Belebung der Konjunktur in Westdeutschland und der sich verbessernden Wettbewerbsfähigkeit der neuen Bundesländer infolge der Modernisierung des Kapitalstocks werden die Lieferungen nach Westdeutschland 1994 wieder steigen. Da gleichzeitig vom wachsenden Bedarf vor allem an Investitionsgütern Einfuhrimpulse ausgehen werden, ist jedoch für das kommende Jahr noch nicht mit einer Verringerung des hohen negativen Außenbeitrages zu rechnen.

Fortgang der Umstrukturierung im Jahre 1994

Die Produktion bleibt 1994 aufwärtsgerichtet. Das Muster der Aufwärtsentwicklung ändert sich kaum: Die Expansion wird weiter vom Baugewerbe und von baulichen Bereichen in Industrie und Handwerk geprägt. Angesichts der nur noch schwach zunehmenden Realeinkommen werden Handel und Dienstleistungsunternehmen ihre Leistung deutlich weniger steigern. In der Industrie setzt sich der Produktionsanstieg fort, doch bleibt das Bild uneinheitlich: Neben kräftig expandierenden Branchen wird es auch weiterhin Bereiche geben, deren Produktion nur mit Hilfe öffentlicher Mittel aufrechterhalten wird, und solche, die in erheblichem Maße schrumpfen.

Der Aufbau eines modernen Kapitalstocks und die Inbetriebnahme neuer Fertigungsstätten kommen zwar voran, aber noch nicht in einem Maße, um das Niveau der Beschäftigung zu halten. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt sich deshalb noch nicht. Die Arbeitslosenzahl wird voraussichtlich bei 1,2 Mill. Personen verharren. Auf gleichem Niveau dürfte sich 1994 auch die Zahl derjenigen einpendeln, die mit Hilfe von Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, beruflicher Vollzeitweiterbildung oder Frühverrentung vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden. Der Beschäftigungsabbau wird voraussichtlich im späteren Verlauf des kommenden Jahres zum Stillstand kommen.

Allmählich dürften mehr neue Arbeitsplätze entstehen als alte wegfallen.

Insgesamt ist die ostdeutsche Wirtschaft weiter von einem raschen strukturellen Wandel geprägt. Die Modernisierung des Kapitalstocks macht Fortschritte. Nach Angaben der Treuhandanstalt gibt es in der Summe bislang keine Abstriche an den Investitionszusagen. Allerdings deuten Befragungen westdeutscher Unternehmen darauf hin, daß die Investitionen insgesamt unter dem Einfluß der Rezession in Westeuropa zeitlich etwas gestreckt werden. Mit der Trendwende der westdeutschen Konjunktur und der Rückkehr auf einen Wachstumskurs im kommenden Jahr dürfte sich aber auch die Investitionstätigkeit in Ostdeutschland wieder kräftigen. Das Tempo muß sich aber noch beschleunigen, um die große Diskrepanz zwischen Produktion und Einkommen spürbar zu verringern und den Transferbedarf Ostdeutschlands zu vermindern. Viel wird dabei davon abhängen, wie rasch die ostdeutschen Unternehmen in die Gewinnzone vorstoßen.

Öffentliche Finanzen

Noch kein Rückgang des Defizits

Die Einsparmaßnahmen, insbesondere im Gesundheitswesen und im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, dämpfen 1993 den Anstieg der Staatsausgaben spürbar; infolge rezessionsbedingt höherer Sozialtransfers sowie kräftig expandierender Personalausgaben und Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern dürften sich die Staatsausgaben im laufenden Jahr aber immer noch um 5 vH erhöhen.

Aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der geringeren Steuerbelastung — vor allem bedingt durch das Auslaufen des Solidaritätszuschlags Mitte 1992 — wird das Steueraufkommen 1993 nur um 2 vH steigen. Die Sozialversicherungsbeiträge werden, trotz der niedrigeren Beschäftigung, infolge höherer Beitragsätze um 5½ vH zunehmen. Bei insgesamt um 3½ vH höheren Staatseinnahmen wird das Budgetdefizit in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf 107 Mrd. DM, nach 78 Mrd. DM im Vorjahr, steigen. Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik (einschließlich der Nettoneuverschuldung der Treuhandanstalt) ist auf 185 Mrd. DM oder rund 6 vH des nominalen Brutto sozialprodukts zu veranschlagen.

Angesichts der sich für 1994 abzeichnenden nochmaligen Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahme beschloß die Bundesregierung ein Programm zur Einsparung öffentlicher Ausgaben in Höhe von rund 20 Mrd. DM; ein neuerliches Anziehen der Steuerschraube wurde nach den massiven Steuererhöhungen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms als konjunktur- und wachstumsschädlich ausgeschlossen. Beabsichtigt ist unter anderem, das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosen-

Finanztransfers nach Ostdeutschland
Mrd. DM

	1991	1992	1993 ¹⁾	1994 ¹⁾
Finanztransfers an Gebietskörperschaften ²⁾	108,3	118,2	125,9	130,0
— Fonds Deutsche Einheit	35,0	36,1	35,2	34,6
— Einigungsbedingte Ausgaben des Bundes (Saldenausgleich)	59,2	65,1	72,2	76,0
— Umsatzsteuerausgleich der Länder	10,8	11,5	12,0	12,5
— Transfers der Länder	2,0	2,5	3,0	3,0
— Einigungsbedingte Mindereinnahmen in Westdeutschland ³⁾	1,3	3,0	3,5	3,9
Finanztransfers an Sozialversicherungen	20,9	32,1	37,0	35,5
— Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung	20,9	30,6	32,1	28,5
— Zuschuß an die Rentenversicherung	—	1,5	4,9	7,0
Finanztransfers insgesamt	129,2	150,3	162,9	165,5
nachrichtlich: Kreditaufnahme der Treuhandanstalt	19,9	29,6	37,0	44,0
¹⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute. — ²⁾ Ohne Zinssubventionen für ERP-Kredite. — ³⁾ Mindereinnahmen durch die Investitionsförderung in den neuen Bundesländern. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.				

hilfe, das Kurzarbeitergeld, das Erziehungsgeld, das Kindergeld sowie die Sozialhilfe zu kürzen und bei der Arbeitslosenhilfe die Bezugsdauer auf maximal zwei Jahre zu reduzieren; zudem sollen die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwas zurückgeführt werden. Die Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen werden indes wohl zu einem nicht unwesentlichen Teil höhere Sozialhilfeausgaben der Gemeinden nach sich ziehen; diese belaufen sich nach Schätzung des Bundesfinanzministeriums auf rund 4 Mrd. DM.

Trotz der Sparmaßnahmen werden die Staatsausgaben 1994 nahezu im gleichen Tempo expandieren wie im laufenden Jahr. Insbesondere die Sozialausgaben werden wegen der höheren Arbeitslosigkeit im Westen deutlich über dem Niveau im Vorjahr liegen. Dagegen werden die Personalausgaben des Staates infolge des Einfrierens der Beamtenbezüge, der voraussichtlich moderaten Tarifierhöhung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst und einer — wie schon 1993 — zurückhaltenden Einstellungspolitik nur wenig steigen. Auch bei den Sachaufwendungen ist aufgrund der vorgesehenen Einsparungen im militärischen Bereich mit einer nur geringen Zunahme zu rechnen. Die Einengung des finanziellen Spielraums der Kommunen in diesem Jahr wird sich 1994 in einer nachlassenden Investitionstätigkeit niederschlagen. Die Bruttoinvestitionen der öffentlichen Hand, die 1991 und 1992 noch zweistellige Zuwachsraten aufwiesen, werden 1994 in nominaler Rechnung nur um 4½ vH ausgeweitet. Die Subventionen dürften insgesamt wenig zunehmen; vereinzelt Kürzungen im Westen steht — auch ohne die nochmals höheren Finanzhilfen der Treuhandanstalt — eine

Aufstockung im Osten gegenüber. Insgesamt werden allerdings die Finanztransfers nach Ostdeutschland 1994 erheblich weniger steigen als in den Jahren zuvor (vgl. Tabelle). Im Zusammenhang mit der Bahnreform und infolge von Mehraufwendungen für Investitionszulagen und -zuschüsse in den neuen Bundesländern werden die Vermögensübertragungen 1994 kräftig expandieren. Noch rascher steigen werden die Zinsausgaben für öffentliche Schulden. Der massive Aufbau der Staatsverschuldung in den vergangenen Jahren bedingt, daß 1994 rund 14½ vH der Steuereinnahmen für Zinszahlungen zu verwenden sind; dieser Anteil hatte 1989 noch bei 11 vH und Ende der siebziger Jahre bei 6 bis 7 vH gelegen.

Die Staatseinnahmen werden 1994 mit 5 vH deutlich stärker zunehmen als 1993; die Erhöhung ist fast zur Hälfte durch die Anhebung von Steuern und Sozialabgaben bedingt. Der Anstieg der Steuern dürfte sich auf 5 vH verstärken und damit über der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts liegen. Einmal sind aus der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-Pkw sowie aus der — zum Abbau der Verschuldung des Verstromungsfonds — vorgesehenen Anhebung des Kohlepfennigs Mehreinnahmen von knapp 9 Mrd. DM zu erwarten. Demgegenüber haben die zur Verbesserung der Standortbedingungen vorgesehenen Steuerensenkungen, insbesondere die Rücknahme des Einkommensteuerspitzenatzes für gewerbliche Einkünfte von 53 vH auf 47 vH und des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 50 vH auf 45 vH, weniger Gewicht; sie werden voraussichtlich zu Mindereinnahmen von rund 4 Mrd. DM führen. Zudem soll das Steueraufkommen dadurch um 1,3 Mrd. DM

erhöht werden, daß Mißbräuche und Umgehungen eingedämmt sowie „ungerechtfertigte“ Steuervorteile abgebaut werden; die Mehreinnahmen dürften indes erheblich geringer ausfallen.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung werden 1994 mit 5½ vH ebenso stark steigen wie in diesem Jahr. Zwar wird sich die Zunahme der Löhne und Gehälter deutlich abflachen, doch werden aus der Anhebung von Beitragssätzen merklich höhere Einnahmen resultieren. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird kräftig angehoben; andererseits werden die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung wohl nur leicht zurückgenommen. Für die gesamte Beitragsbelastung wird hier eine Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte auf 39 vH angesetzt; hierbei sind Beiträge zu einer gesetzlichen Pflegeversicherung nicht berücksichtigt, da die Verabschiedung des Gesetzes angesichts juristischer und organisatori-

scher Probleme derzeit noch offen ist. Die Abgabenquote aus Steuern und Sozialbeiträgen wird 1994 mit reichlich 44 vH des Bruttosozialprodukts auf den bislang höchsten Wert steigen.

Die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bund dürfte 1994 ein Rekordniveau erreichen, zumal zum Jahresende 1993 — anders als ein Jahr zuvor — Abschreibungen auf Währungsreserven wohl nur in geringem Umfang anfallen. Alles in allem wird das Staatsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (einschließlich des Fonds Deutsche Einheit und des Kreditabwicklungsfonds) auf dem hohen Niveau von 1993, also bei knapp 110 Mrd. DM verharren. Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften wird sich in finanzstatistischer Abgrenzung — unter Einschluß der Netto-Kreditaufnahme der Treuhandanstalt in Höhe von 44 Mrd. DM — auf 190 Mrd. DM belaufen.

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Zu den die wirtschaftspolitische Diskussion bestimmenden Themen gehört die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Die Diskussion hat einen richtigen Kern. Sie trübt aber den Blick dafür, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in den alten Bundesländern überwiegend zyklisch bestimmt ist. Im Verlaufe des langen konjunkturellen Aufschwungs in den achtziger Jahren ist es wiederum zu den für die Hochkonjunktur typischen Verspannungen gekommen. Löhne und Preise stiegen beträchtlich. Die zunehmende Kreditaufnahme von Investoren und Konsumenten und die verstärkte Inflationsgefahr mündeten in hohe langfristige Zinsen ein. Damit war schon die zyklische Dämpfung der Unternehmensinvestitionen und der Konsumnachfrage der privaten Haushalte angelegt. Die Geldpolitik suchte den Übersteigerungen zu begegnen, indem sie die kurzfristigen Zinsen anhob.

Die dämpfenden Kräfte wurden freilich geraume Zeit dadurch überdeckt, daß die Finanzpolitik mit umfangreichen kreditfinanzierten öffentlichen Transfers von West nach Ost einen expansiven Kurs verfolgte. Die Nachfrageimpulse klangen ab, als die Finanzpolitik wegen der

stark steigenden Verschuldung zunehmend die Abgaben erhöhte und die Transfers nur noch verlangsamt stiegen. Die Kumulation des Endes des vereinigungsbedingten Nachfragestoßes, der zyklischen Dämpfung der Nachfrage in Westdeutschland und der rezessiven Entwicklung vor allem im europäischen Ausland führte zu einem steilen Rückgang in der Auslastung der Kapazitäten und zusammen mit der Erhöhung der Löhne zu einer starken Gewinnkompression. Besonders begünstigt hatte der Nachfragesog die westdeutsche Industrie. Sie wurde von seinem Abebben besonders betroffen.

Die wesentlichen Bedingungen für eine konjunkturelle Erholung dürften von der Geldpolitik mit der Lockerung ihres Kurses und von der Lohnpolitik mit niedrigeren Abschlüssen allmählich gegeben sein. Auch dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität im westeuropäischen Ausland nach und nach erholen. Mit der sich abzeichnenden konjunkturellen Belebung wird die Produktion in vielen westdeutschen Industriezweigen steigen, die jetzt große Anstrengungen unternehmen, um sich an ihrem Standort zu behaupten. Kürzungen von Kosten, Maßnahmen zur Ratio-

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1992	1993 ¹⁾	1994 ¹⁾	1992	1993 ¹⁾	1994 ¹⁾	1992	1993 ¹⁾	1994 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt ²⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,6	-2,0	1,0	9,7	6,0	7,0	2,1	-1,5	1,5
Erwerbstätige ³⁾ (1000 Personen)	29 487	28 980	28 575	6 344	6 120	6 040	35 831	35 100	34 615
Arbeitslose (1000 Personen)	1 808	2 260	2 600	1 170	1 150	1 170	2 978	3 410	3 770
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (in vH)	5,8	7,3	8,4	14,8	15,1	15,5	7,7	8,9	9,8
Verbraucherpreise ⁵⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	4,0	3,5	3,0	10,1	8,0	4,5	4,7	4,0	3,0
Finanzierungssaldo Staat ⁶⁾ (Mrd. DM)	-63,8	-91,0	-86,5	-14,7	-16,5	-23,0	-78,5	-107,0	-110,0
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	-39,4	-41,5	-41,0

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) In Preisen von 1991. — 3) Im Inland. — 4) Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose). — 5) Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 6) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 7) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

nalisierung und die Verringerung der Belegschaften gehören zum normalen Bild einer jeden Rezession. Dabei finden stets auch strukturelle Bereinigungsprozesse statt, weil vorrangig Produktionen stillgelegt werden, die auf Dauer im Wettbewerb nicht bestehen können. Unter dem Druck der Rezession werden Entscheidungen durchgesetzt, die in der Hochkonjunktur unterlassen werden oder nicht erzwungen werden können. Alle diese Maßnahmen der Unternehmen verbessern die Voraussetzungen dafür, daß sich die Konjunktur wieder belebt.

Jedoch besagt das Einsetzen eines Aufschwungs nicht, daß die wirtschaftspolitischen Weichen für die mittlere Frist richtig gestellt, also die Grundlagen dafür gelegt sind, daß der konjunkturelle Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft sich zu kräftigem Wachstum verstärken kann. Auch wird die konjunkturelle Belebung in Westdeutschland und in Westeuropa zwar die Perspektiven für die neuen Bundesländer aufhellen; die Aufwärtsbewegung der ostdeutschen Wirtschaft mündet damit aber noch nicht in einen sich selbst tragenden dynamischen Prozeß ein. Der Kern des Standortproblems ist, daß die Politik Gefahr läuft, Unternehmen wie Arbeitnehmer zu überfordern und damit die Bedingungen für künftiges Wachstum zu verschlechtern. Die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands wurde in erster Linie als eine Aufgabe angesehen, bei der die Politik — einschließlich der Lohnpolitik — für die möglichst rasche Heranführung der Einkommen in Ostdeutschland an die in Westdeutschland zuständig ist; die sozialen Leistungen wurden kräftig erhöht, die Löhne stiegen rasant. In Westdeutschland wurden Abstriche an den staatlichen Ausgaben zunächst nicht gemacht, und auch die Löhne stiegen hier im Zuge des Vereinigungsbooms beträchtlich.

Der größte Teil aller Transfers von West nach Ost fließt weiterhin in den Konsum. Zwar werden auch beträchtliche Mittel für die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und den Aufbau der Verwaltungen bereitgestellt, und die Fortschritte sind hier erheblich. Sie reichen dennoch nicht aus, um die Standortnachteile Ostdeutschlands zu beseitigen, und selbst die Angleichung an die Verhältnisse in Westdeutschland, die noch erhebliche Zeit beanspruchen wird, würde noch keinen Vorteil ergeben. Wie groß die Nachteile offenbar sind, zeigt sich daran, daß trotz der umfangreichen Subventionen die Investoren offenbar zögern, Betriebe in den neuen Bundesländern zu errichten. Immer noch herrscht zu wenig Klarheit darüber, was Wirtschaftspolitik leisten kann und leisten sollte. Die Wirtschaftspolitik muß in erster Linie Rahmenbedingungen setzen, die das Investieren und das Schaffen von Arbeitsplätzen lohnend machen und damit das Entstehen von Einkommen fördern. In den neuen Bundesländern hat von Beginn an die Umverteilung der Einkommen im Vordergrund gestanden, und zwar von den Betrieben zu den Arbeitnehmern und von West nach Ost. Das Voraneilen der Einkommensumverteilung geht zu Lasten der Einkommensentstehung.

Dabei scheint sich die Politik zu verfangen. Weil die öffentlichen Transfers für soziale Zwecke wie Renten oder

Sozialhilfe so stark angehoben wurden, gab es auch den Druck, die Löhne kräftig zu steigern. Und weil kräftige Lohnsteigerungen durchgesetzt werden, werden wiederum die sozialen Leistungen erhöht. Es ist dringend erforderlich, daß dieser Prozeß durchbrochen wird. Arbeitsplätze werden in den neuen Bundesländern, vor allem in der Industrie, rasch und in größerer Zahl nur entstehen, wenn Investoren mit Standortvorteilen rechnen können. Ein solcher Vorteil kann nach Lage der Dinge nur darin liegen, daß die Lohnstückkosten auf längere Zeit geringer als in Westdeutschland sind. Bisher sind die Betriebe bestrebt, die Lücke, die gegenwärtig zwischen dem Lohnniveau und dem Produktivitätsniveau klafft, durch Prozeßinnovationen und das Freisetzen von Arbeitskräften zu verringern. Das ist aus der Sicht der Unternehmen richtig, und wenn auf diese Weise die Arbeitsproduktivität steigt, so werden die verbleibenden Arbeitsplätze sicherer. Die Sicherung des Standortes Ostdeutschland erfordert zwar auch Prozeßinnovationen, vorrangig jedoch Produktinnovationen, also neue industrielle Fertigungen, die sich von den Kosten her in den neuen Bundesländern tragen. Sind die Bedingungen dafür gegeben, ist auch mit einer kräftigen Ausweitung der Investitionen zu rechnen und mit starken Produktivitätssteigerungen, die nach und nach einen rascheren Anstieg der Einkommen zulassen. Weil dann die Zunahme der Produktivität dem Anstieg der Löhne voraneilt, gäbe es auch Anreize, die Beschäftigung auszuweiten. Es kommt allerdings nicht nur auf die Lohnpolitik an. Ein geringeres Tempo beim Anstieg der Löhne erfordert auch eine weniger rasche Ausweitung sozialer Leistungen.

Die hohen öffentlichen Transfers von West nach Ost haben die Verteilungauseinandersetzung in Westdeutschland verschärft. Steigende Steuern und sonstige Abgaben haben einen immer größer werdenden Keil zwischen die Arbeitskosten für die Unternehmen und die letztlich verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer geschoben. Dabei sind die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer in realer Sicht sogar deutlich gesunken, aber auch die Belastung für die Unternehmen ist kräftig gestiegen. Damit sich die Investitionstätigkeit nachhaltig verstärken und der konjunkturelle Aufschwung in ein kräftiges Wachstum der Wirtschaft übergehen kann, müssen sich die Gewinnerwartungen der Unternehmen auch auf die mittlere Sicht aufhellen. Hier ist die Lohnpolitik in Westdeutschland gefordert, aber auch die Finanz- und die Wirtschaftspolitik. Gerade weil der Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft noch auf absehbare Zeit den Einsatz öffentlicher Mittel erfordert, muß an anderer Stelle besonders sparsam mit den Einnahmen aus Steuern und sonstigen Abgaben umgegangen werden. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen sind aber nicht nur durch die Höhe der Steuern und sonstiger Abgaben und die der Löhne bestimmt. Vielmehr spielen die zahlreichen staatlichen Interventionen, die Länge von Genehmigungsverfahren, die Kompliziertheit des Rechtes oder die Schwerfälligkeiten im Behördenapparat in ihrem Kalkül eine wichtige Rolle. Die Attraktivität des Standortes Deutschland ließe sich also

auch verbessern, wenn die hieraus für die Unternehmen resultierenden Hemmnisse verringert würden.

Zur Finanzpolitik

Die Finanzpolitik ist in eine äußerst prekäre Lage geraten. Über Jahre hinweg sind die staatlichen Ausgaben stark gestiegen, die Abgabenbelastung hat erheblich zugenommen und die Staatsverschuldung hat sich kräftig erhöht. Die Hauptursache war, daß umfangreiche Mittel zur Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft und zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland bereitgestellt wurden, ohne daß an anderer Stelle die Ausgaben zurückgeführt wurden. Hinzu gekommen sind nun die rezessionsbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen.

Trotz der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen wird die Staatsquote (Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt) im kommenden Jahr voraussichtlich nochmals um knapp einen halben Prozentpunkt steigen und sich auf 51½ vH belaufen. Sie wäre damit um 6 Prozentpunkte höher als vor der Vereinigung. Die Folge des rasanten Anstieges der Ausgaben waren beträchtlich zunehmende Belastungen der Unternehmen und der privaten Haushalte mit Abgaben. Die Abgaben haben sich gemessen am Bruttosozialprodukt seit 1989 um fast 2 Prozentpunkte auf 43½ vH erhöht. Weil die Ausweitung der Ausgaben den Anstieg der Einnahmen weit übertraf, hat sich der Staat zunehmend über Kredite finanziert. Die staatlichen Schulden werden sich von knapp 1 Bill. DM im Jahr vor der Vereinigung auf 1,5 Bill. DM in diesem Jahr erhöhen. Die Folge ist, daß ein immer größerer Teil der Einnahmen für die Zahlung von Zinsen verwendet werden muß. Ein weiterer Anstieg der Verschuldung der Gebietskörperschaften ist vorgezeichnet. Insbesondere müssen im Jahre 1995 die Schulden der Treuhandanstalt, des Kreditabwicklungsfonds und ein Teil der Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von zusammen rund 400 Mrd. DM übernommen werden. Um das Defizit bei den Gebietskörperschaften nicht noch stärker anschwellen zu lassen, sind für die Jahre 1994 und 1995 umfangreiche Erhöhungen von Steuern und Abgaben beschlossen worden, die im Ergebnis die Abgabenquote — ohne Berücksichtigung der heimlichen Steuererhöhungen, die sich wegen der Steuerprogression bei Inflation ergeben — auf 45½ vH steigen lassen. Dabei ist nicht einmal die beabsichtigte Einführung der Pflegeversicherung berücksichtigt, die eine weitere Zunahme der Abgabenquote in der Größenordnung von knapp einem halben Prozentpunkt zur Folge hätte. Am Beginn der achtziger Jahre hatte die Abgabenquote 42½ vH erreicht; sie wurde damals als wesentliches Hemmnis für ein kräftigeres Wachstum der Wirtschaft erachtet und deshalb schrittweise verringert. Um so dringlicher ist es, bei der jetzt deutlich höheren Belastung, die Abgabenquote zurückzuführen — z.B. durch Befristung und degressive Gestaltung des Solidaritätszuschlags — und so die Investitionsanreize

für die Unternehmen und die Leistungsanreize für die Arbeitnehmer zu stärken, damit das Wachstumstempo der Wirtschaft hoch sein kann. Vor diesem Hintergrund ist die Verringerung des Anstiegs der Staatsausgaben über eine Reihe von Jahren unumgänglich.

Die Finanzpolitik ist gefordert, eine mittelfristige Konsolidierungsstrategie jetzt zu entwickeln, weil das Vertrauen der Investoren jetzt auf dem Spiel steht. Würde sie die erforderlichen Entscheidungen aufschieben, würde die Ernsthaftigkeit der staatlichen Einsparbemühungen bezweifelt; Investoren könnten aus der zunehmenden Staatsverschuldung eine dauerhaft hohe und weiter steigende Abgabenbelastung und damit eine Schmälerung der die Investitionstätigkeit bestimmenden Gewinne nach Steuern ableiten. Aus diesem Grunde sind auch die in diesem Jahre beschlossenen Ausgabenkürzungen trotz der noch nicht überwundenen Rezession richtig. Konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben sollten in Zeiten konjunktureller Schwäche zwar grundsätzlich hingenommen werden, damit der Staat nicht seinerseits prozyklisch wirkt. Diesem Grundsatz liegt jedoch die Vorstellung solider öffentlicher Finanzen und einer Finanzpolitik zugrunde, die hohes Vertrauen genießt. Das aber ist gegenwärtig in Frage gestellt, nachdem der Staat im Zuge der deutschen Einigung seine Prioritäten nicht neu gesetzt hat, die konsumtiven Ausgaben stark ausgeweitet wurden, die Belastungen mit Abgaben fortgesetzt gestiegen und große strukturelle Defizite aufgelaufen sind.

Schon aus rein konjunktureller Sicht verbietet es sich, die Ausgabenkürzungen in ihrer Gesamtheit mit einem entsprechenden Nachfrageentzug gleichzusetzen. Gegengerechnet werden muß, daß der Staat ohne diese Einschränkung der eigenen Ausgaben die Ausgaben anderer vermindert hätte, sei es weil die Abgaben der Privaten hätten erhöht werden müssen, sei es weil der Kapitalmarkt stärker in Anspruch genommen worden wäre. Entscheidend ist aber, daß Investoren wie Konsumenten mit den Ausgabenkürzungen ein erstes Signal erhalten, daß der Staat seine Ansprüche zurückschrauben will. Durchgesetzt werden muß eine mittelfristige Konsolidierungsstrategie ohnehin in der Rezession, weil nach der Erfahrung staatliche Maßnahmen zur Kürzung von Ausgaben nur noch schwer auf dem Weg gebracht werden können, wenn die Einnahmen im Zuge einer konjunkturellen Erholung wieder reichlicher fließen.

Bisher gibt es keine überzeugende mittelfristige Konsolidierungsstrategie. Die Finanzpolitik setzt vorwiegend auf die Erhöhung der Einnahmen. Die Ansätze zur Kürzung der Ausgaben sind demgegenüber zaghaft. Zur forcierten Ausgabenkürzung gibt es keine Alternative. Die konsumtiven Ausgaben müssen zurückgeführt werden. Einschränkungen bei sozialen Leistungen sind unumgänglich. Kaum angetastete Einsparpotentiale sind bei anderen konsumtiven Ausgaben des Staates vorhanden, so bei den Subventionen, die ohnehin den Strukturwandel und das Wachstum der Wirtschaft bremsen.

Die schnelle Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West überfordert die Wirtschaft und die Bürger im Westen. Dies mag eine bittere Erkenntnis sein; aber die fortgesetzte Erhöhung der Einkommen in den neuen Bundesländern aus öffentlichen Transfers würde nur die wirtschaftliche Basis in Westdeutschland aushöhlen, auf der das Aufholen der ostdeutschen Wirtschaft auf wohl noch längere Zeit beruhen muß. Ein Teil der Transfers von West nach Ost alimentiert den Personalüberhang im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer. Gegen eine Verringerung gibt es Widerstände. Sparen ist aber auch hier nötig.

Lohnpolitik

Die Tarifpartner in Westdeutschland stehen vor einer außerordentlich schwierigen Tarifrunde. Die Kündigung des Tarifvertrages in der Metallindustrie durch die Arbeitgeber zeigt, für wie brisant auf dieser Seite — namentlich in der Industrie — die Lage eingeschätzt wird. Auf der anderen Seite ist es für die Gewerkschaften nicht leicht, ihren Mitgliedern einen erneuten deutlichen Rückgang der Realeinkommen zu erklären, ist doch die Sicherung des Besitzstandes in der gesamten Nachkriegszeit das Mindestziel der Lohnpolitik gewesen.

Entscheidend für den Ausgang der Tarifrunde des kommenden Jahres dürfte sein, ob die Verhandlungspartner zu einer gleichartigen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage kommen. Hier liegen die größten Hindernisse. Nach der öffentlichen Diskussion im Vorfeld der Verhandlungen ist ein rascher und für die Volkswirtschaft als Ganzes geeigneter Kompromiß nicht zu erwarten.

In der Tat läßt sich die wirtschaftliche Ausgangssituation nicht ohne weiteres in die Muster rezessiver Entwicklungen einordnen, wie sie in Westdeutschland in der Vergangenheit aufgetreten sind. Das liegt vorwiegend an der sehr unterschiedlichen Entwicklung der verschiedenen Sektoren. Das wiederum ist Folge der im Zuge des deutschen Einigungsprozesses entstandenen wirtschaftspolitischen Konstellation in Deutschland und des internationalen Umfeldes.

Besonders kritisch ist die wirtschaftliche Lage in der Industrie und hier im Bereich der Investitionsgüter. Die Ertragslage hat sich im Verlaufe des Abschwungs in dramatischer Weise verschlechtert. Noch nie hat sich im verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland in einer Rezession die Schere zwischen der Entwicklung der Lohnstückkosten und der der Erzeugerpreise so weit geöffnet wie diesmal. Von den Arbeitgebern wird das — verständlicherweise — als eine existenzbedrohende Krise angesehen, in der vieles, was in der Vergangenheit vereinbart worden war, in Frage zu stellen ist. Eine genauere Betrachtung zeigt aber, daß auch hier konjunkturelle Elemente für die Erklärung der Lage im Vordergrund stehen müssen.

Deutschland ist wie kaum ein anderes großes Industrieland eingebunden in die internationale Arbeitsteilung.

Folglich konnte sich die deutsche Wirtschaft den Auswirkungen der weltweiten Konjunkturschwäche, die schon 1990 begann, trotz der deutschen Einigung nicht entziehen. Das gilt insbesondere für die Preisentwicklung der international gehandelten Güter. Im Ausland und im Inland ließen sich seit 1990 kaum noch Preiserhöhungen durchsetzen. Schließlich — im Herbst 1992 — kam der Preisauftrieb bei diesen Gütern sogar zum Stillstand. Die Lohnanhebungen der vergangenen Jahre orientierten sich hingegen am Preisanstieg auf der Verbraucherstufe. Dieser ist wesentlich stärker als auf der Erzeugerstufe, vor allem, weil sich der Staat über die Erhöhung administrierter Preise und indirekter Steuern Mittel beschaffte. Hinzu kommt eine Sonderentwicklung bei den Mieten, die Ausdruck der infolge von Zuwanderungen entstandenen verschärften Knappheit an Wohnungen ist.

Trotz der weltweiten Konjunkturschwäche haben die Arbeitgeber in der Industrie 1991 und 1992 hohen Nominallohnsteigerungen zugestimmt, da die Mengenkonjunktur nach der deutschen Einigung die Verminderung der Gewinnmargen zunächst überdeckte. Erst mit dem Auslaufen dieser Sondereffekte trat die Fehlentwicklung deutlich zutage. Die Unternehmen haben darauf mit einer massiven Freisetzung von Arbeitskräften reagiert. Die Lohnpolitik muß nun einen Weg beschreiten, bei dem möglichst vielen Arbeitnehmern die Chance gegeben wird, ihren Arbeitsplatz zu behalten oder einen neuen zu finden.

Mit Abschlüssen in der Größenordnung von durchschnittlich 3 vH haben schon die Tarifverhandlungen dieses Jahres eine Wende markiert. Gleichwohl ist die Rezession viel tiefer, als es zum Zeitpunkt der Verhandlungen Anfang des Jahres erwartet worden war. Grundsätzlich ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine Linie der Lohnpolitik angemessen, bei der die Nominallöhne sich an der mittelfristig zu erwartenden durchschnittlichen Produktivitätszunahme und an der — ebenfalls auf mittlere Sicht — von der Geldpolitik zugrunde gelegten Inflationsrate orientieren. Für Westdeutschland ergäbe sich daraus eine Rate von etwa 4 vH. Die Lohnpolitik hat jedoch vor allem in den Jahren 1991 und 1992 mit fast 7 vH und 6 vH diese Rate weit überschritten. Um über den Konjunkturzyklus hinweg die Beschäftigungssituation nicht zu verschlechtern, muß eine Kompensation für dieses zyklische Überschießen gefunden werden. Die Abschlüsse dieses Jahres haben eine erste Korrektur gebracht, wobei allerdings zu bedenken ist, daß in der Metallindustrie eine Arbeitszeitverkürzung hinzukam, die die Arbeitsstunde rechnerisch um 2,8 vH verteuert.

Die Lohnpolitik des kommenden Jahres sollte einen noch größeren Schritt in Richtung Lohnmäßigung tun, ohne ihr Gesamtziel auf mittlere Sicht aus den Augen zu verlieren. Einigte man sich — allerdings unter Berücksichtigung der branchenmäßig unterschiedlichen Gegebenheiten — etwa auf eine Linie von 2 vH, wäre dem Petitum der Eröffnung von neuen Beschäftigungschancen Rechnung getragen, und die Realeinkommen der Beschäftigten

fielen dabei im weiteren Verlauf nur insoweit, als der Staat — einigungsbedingt — zusätzliche Belastungen auferlegte. Diese dürfen über die Tariflöhne ohnehin nicht ausgeglichen werden. Da die Produktivität nach der konjunkturellen Wende rasch steigen dürfte, erlaubten solche Abschlüsse eine durchgreifende Gewinnverbesserung und die Normalisierung der Sachkapitalrenditen im Zuge des Aufschwungs. Hält die Lohnpolitik 1994 diese Linie und kommt der Aufschwung in Gang, wäre ein Einschwenken auf den mittelfristigen Kurs frühestens 1997 angemessen.

In Ostdeutschland ist es — nach langem Streik im Gefolge der außerordentlichen Kündigung der Tarifverträge im Metallbereich — nicht zu der erforderlichen deutlichen Verlangsamung des Anpassungstempos der Löhne gekommen. Die Bereiche, in denen keine festgelegten Stufenpläne zur Anpassung an das westdeutsche Niveau bestanden, haben zwar das Tempo überwiegend zurückgenommen. Eine spürbare Revision der Stufenpläne aber hat es nicht gegeben. In der Metallindustrie werden die Lohnsteigerungen auch nach der Kündigung und den Neuverhandlungen weiterhin erheblich über dem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs in Ostdeutschland liegen. Der öffentliche Dienst ist einer der Vorreiter der Angleichung und wird vermutlich — wenn keine Revision erfolgt — 1996 das Tarifniveau Westdeutschlands erreichen.

Insgesamt steigen die Tariflöhne in diesem Jahr um etwa 15 vH und im nächsten Jahr um knapp 10 vH. Angesichts einer Preissteigerung auf der Verbraucherstufe, die 1993 noch bei 8 vH liegt, sich aber 1994 auf 4,5 vH verlangsamt, bedeutet dieser Anstieg der Nominallöhne eine weiterhin kräftige Zunahme der Reallöhne und ein rasches Aufholen gegenüber Westdeutschland, wo die Reallöhne (reale Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten) in den beiden Jahren zusammen um fast 2 vH fallen.

In Ostdeutschland dürfte die Produktivität in diesem Jahr um etwa 10 vH zunehmen; 1994 wird der Anstieg ähnlich hoch sein. Bei dieser Produktivitätsentwicklung führt die Zunahme der Reallöhne um etwa $3\frac{1}{2}$ vH zu einer Verteilungsänderung zugunsten der Unternehmen. Angesichts des Niveaus der Lohnquote (Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens) — im Jahr 1992 lag sie bei fast 110 vH, 1993 beträgt sie immer noch 100 vH — vollzieht sich die notwendige Anpassung der Verteilungsrelationen an marktwirtschaftliche Verhältnisse aber sehr langsam. Bei einem Zurückbleiben der Reallöhne hinter dem Produktivitätsanstieg um 5 Prozentpunkte pro Jahr dauerte es immerhin noch 6 bis 7 Jahre bis eine Verteilungsrelation erreicht wäre, wie sie Westdeutschland in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre aufwies. Erst dann kann man eine kräftige Investitionstätigkeit der Unternehmen in Ostdeutschland auch ohne staatliche Hilfen erwarten.

Alles in allem sollte die Lohnpolitik in Ostdeutschland dort, wo zu Beginn nächsten Jahres neu verhandelt wird, ihren Kurs noch einmal anpassen. Bei Preissteigerungsraten von etwa $4\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1994 sollten Abschlüsse ge-

sucht werden, die zwischen den Neuabschlüssen des Jahres 1993 (von etwa 9 vH) und dieser Teuerungsrate liegen. Das würde eine Fortsetzung des Anpassungsprozesses an das westliche Niveau erlauben, gleichzeitig aber die unumgängliche Verteilungskorrektur beschleunigen. Zudem bedeuteten solche niedrigeren allgemeinen Tarifabschlüsse, daß sich eine stärkere Differenzierung der Löhne im Markt je nach Knappheit und Qualifikation der Arbeitskräfte herausbilden könnte, ohne gegen das Erfordernis der Korrektur der Verteilung zu verstoßen.

In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Ostdeutschland sollten die Abschlüsse angesichts des schon erreichten hohen Niveaus deutlich unter denen in der Privatwirtschaft liegen. Den Arbeitnehmern in den privaten Unternehmen kann eine Streckung der Angleichung kaum abgefordert werden, wenn ein immer noch überdimensionierter öffentlicher Dienst die Angleichung vollzieht. Die ostdeutschen Länder und Gemeinden werden zudem unglaublich, wenn sie westliche Hilfe für die Umstrukturierung fordern, sich aber selbst dem notwendigen Strukturwandel nicht unterziehen.

In der Metallindustrie wäre die konsequente Anwendung der vereinbarten Öffnungsklauseln notwendig. Aber nur etwa 60 Unternehmen haben Anträge gestellt. In nur sehr wenigen Fällen wurden die Verträge verändert. Das ist schwer nachzuvollziehen, macht doch der Großteil der Industrieunternehmen hohe Verluste. Offenbar schätzen die Unternehmen und Geschäftsleitungen die Erfolgsaussichten so gering ein, daß sie die Anwendung der Härtefallklausel nur sehr selten beantragen.

Geldpolitik

Die Bundesbank hat bis zuletzt ihre im Herbst 1992 begonnene Politik schrittweiser Zinssenkungen fortgesetzt. Diskont- und Lombardsatz wurden auf 5,75 vH bzw. 6,75 vH gesenkt. Sie liegen damit um 3 Prozentpunkte unter ihrem Höchststand im Sommer vergangenen Jahres. Gleichwohl besteht Spielraum für weitere Zinssenkungen. Die Konjunkturabschwächung, die nachlassende Nachfrage nach Kapital und die Erwartung langsamer steigender Lohnstückkosten und Preise haben dazu geführt, daß die Kapitalmarktrendite sich deutlich zurückgebildet hat. Sie beträgt gegenwärtig knapp 6 vH. Die ausgeprägte Inversion der Zinsstruktur ist zwar deutlich geringer geworden, aber noch nicht vollständig beseitigt.

Mit dem Hinweis auf die abnehmende Inflationsgefahr und die inverse Zinsstruktur haben sich die Institute bereits in ihrem Frühjahresgutachten für eine zügige Senkung der kurzfristigen Zinsen ausgesprochen. Nach ihrer Einschätzung ist in diesem Falle mit einer rascheren Belebung von Produktion und Beschäftigung zu rechnen. Die Bundesbank weist dagegen darauf hin, daß ein solches Vorgehen „Fortschritte bei der Rückkehr zu größerer Preisniveaustabilität“ gefährden würde. Insbesondere bestünde die Gefahr, daß das Ausland das Vertrauen zur Stabilitätspolitik der Bundesbank verlöre. Dies wiederum würde über

Kapitalabflüsse die langfristigen Zinsen erhöhen und so einer Belebung der Konjunktur entgegenwirken.

Nach Meinung der Institute wird im weiteren Verlauf dieses Jahres und auch im kommenden Jahr die allgemeine Preissteigerung nachlassen. Die niedrigeren Lohnabschlüsse führen zunehmend auch bei Dienstleistungen zu einer Abschwächung des Preisauftriebs. Zwar wird zu Jahresbeginn 1994 durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und die Anhebung von administrativ festgelegten Preisen der Trend zu sinkenden Preissteigerungsraten vorübergehend unterbrochen; im weiteren Jahresverlauf von 1994 wird er sich aber fortsetzen. Im Zuge einer Konjunkturerholung verstärkt sich der Produktivitätsanstieg, und die insgesamt noch schwache Nachfrage zwingt die Unternehmen dazu, diese in den Preisen weiterzugeben.

Von rascheren Zinssenkungen dürfte zudem kein Abwertungsdruck auf die D-Mark ausgehen. Trotz der bisher eingetretenen beträchtlichen Zinssenkungen in Deutschland hat sich die D-Mark gegenüber den EWS-Währungen bis zuletzt aufgewertet. Auch nach der Erweiterung der Bandbreiten im EWS kommt der D-Mark noch immer die Rolle der Ankerwährung zu. Andere europäische Zentralbanken würden angesichts der noch ungünstigen konjunkturellen Lage in ihren Ländern weiteren Zinssenkungen durch die Bundesbank wohl umgehend folgen. Damit erscheint das Risiko eines Rückschlages am Kapitalmarkt im Falle einer abermaligen Senkung der Leitzinsen sehr gering.

Nach Ansicht der Institute sind die kurzfristigen Zinsen für einen Umschwung in der Investitionstätigkeit von großer Bedeutung. So läßt sich in konjunkturellen Abschwächungsphasen beobachten, daß die Unternehmen insbesondere jene Investitionen kürzen, die sich — wie beispielsweise die Anschaffung von Fahrzeugen und Datenverarbeitungseinrichtungen — leicht hinausschieben lassen. Die dafür vorgesehenen Mittel werden stattdessen an den Finanzmärkten angelegt. Fallen mit den langfristigen auch die kurzfristigen Zinsen, so werden aufgeschobene Käufe getätigt. Sinkende kurzfristige Zinsen haben zudem auch indirekt anregende Wirkungen auf die Konjunktur. Soweit Zinssenkungen durch die Bundesbank — wie dies gegenwärtig zu erwarten ist — die Inflationserwartungen nicht schüren, führen sie zu Kurssteigerungen bei Aktien und Renten. Dadurch wiederum verbilligt sich für die Unternehmen die Kapitalaufnahme. Bei gegebener Sachkapitalrendite werden somit auch langfristige Investitionsvorhaben attraktiver.

Gegenüber dem Stand vom vierten Quartal 1992 betrug die laufende Jahresrate der Geldmengenerweiterung von M3 im Sommerhalbjahr reichlich 7 vH. Damit bewegt sie sich etwas oberhalb des Zielkorridors der Bundesbank von 4,5 bis 6,5 vH. Weitere Zinssenkungen werden zwar wegen der geringeren Opportunitätskosten die unverzinsliche Kassenhaltung in Form von Bargeld und Sichteinlagen rascher steigen lassen. Ein deutliches Überschießen über das Geldmengenziel ist jedoch wenig wahrscheinlich. Die

Expansion von M3 ist nämlich im Sommer durch die Turbulenzen auf den Devisenmärkten verstärkt worden. Die erwartete Aufwertung der D-Mark hat dazu geführt, daß zusätzliche Sicht- und insbesondere Termineinlagen gebildet wurden. Mit der Beruhigung auf den Devisenmärkten fließen diese Einlagen allmählich wieder ab. Weitere Zinssenkungen am kurzen Ende würden zudem Umschichtungen von Termineinlagen hin zu Geldkapital anregen.

Für 1994 sollte wiederum ein Geldmengenziel festgelegt werden. Es ist zu erwarten, daß die vereinigungsbedingten Instabilitäten in der Geldnachfrage allmählich abklingen. Für die Berechnung des Geldmengenziels dürfte das gesamtdeutsche Potentialwachstum — bei aller Unsicherheit über die Entwicklung des ostdeutschen Produktionspotentials — weiterhin in einer Größenordnung von rund 3 vH anzusetzen sein. Als normative Preissteigerungsrate legen wir eine Rate von 2 vH zugrunde. Einen zusätzlichen Geldbedarf zur Finanzierung des Preisanpassungsprozesses in Ostdeutschland sehen die Institute für 1994 nicht mehr; der Preisauftrieb in den neuen Bundesländern dürfte sich dem in den alten weitgehend annähern. Dagegen sollte der Zuschlag für die trendmäßige Zunahme der wachstums- und inflationsneutralen Kassenhaltung deutlich höher angesetzt werden, als dies die Bundesbank bislang getan hat. So wächst nicht nur die Bedeutung der in M3 enthaltenen verzinslichen Aktiva als Wertaufbewahrungsmittel, zu Buche schlägt auch, daß das monetäre Transaktionsvolumen — gemessen etwa an den girealen Verfügungen — deutlich rascher ausgeweitet wird als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Der Zuschlag sollte daher statt bei 0,5 vH eher in der Größenordnung von 1 bis 1,5 vH liegen. Angesichts der bestehenden Unwägbarkeiten erscheint somit insgesamt ein Zielkorridor von 5 bis 7 vH als angemessen. Das ist etwas weniger als das Ziel, das die Institute für das Jahr 1993 vorgeschlagen hatten.

Zur Zukunft des Europäischen Währungssystems

Auf die Währungsspekulation im Sommer dieses Jahres reagierten die am EWS beteiligten Länder — anders als auf die Turbulenzen ein Jahr zuvor — nicht mit Änderungen der Leitkurse, sondern mit einer beträchtlichen Erweiterung der Bandbreiten; diese wurden von 4,5 vH auf 30 vH vergrößert. Damit blieb das EWS zwar formal erhalten, durch die faktische Freigabe der Wechselkurse wurde aber seine bisherige Rolle in Frage gestellt: Das EWS sollte die geldpolitische Annäherung und die wirtschaftliche Integration in Europa fördern und gemäß dem Vertrag von Maastricht Vorstufe der geplanten Europäischen Währungsunion mit einer gemeinsamen Zentralbank und einer gemeinsamen Währung sein.

Das EWS war als ein System „grundsätzlich fester, aber anpassungsfähiger“ Währungsparitäten konzipiert worden. Grundsätzlich feste Wechselkurse erfordern eine „konvergente“ Stabilitätspolitik der beteiligten Länder. In der Praxis ging der Zwang zur Anpassung von der Bundes-

republik Deutschland aus, also dem Land, das sich längerfristig am stabilsten verhalten hatte. Feste Wechselkurse können nur dann auf Dauer ohne ökonomische, soziale und politische Spannungen durchgehalten werden, wenn nicht nur die geldpolitischen Instanzen, sondern auch die übrigen wirtschaftspolitischen Akteure sich stabilitätskonform verhalten. Ohne eine am Niveau und am Wachstum der Produktivität im jeweiligen Land ausgerichtete nationale Lohn- und Finanzpolitik wird es zu Konflikten mit der auf Preisniveaustabilität zielenden Geldpolitik kommen. In Ländern, in denen die Kosten relativ stark steigen, wird die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, erleiden die Unternehmen Verluste, entsteht vermehrt Arbeitslosigkeit, gerät der Staat in finanzielle Schwierigkeiten, auf die er erfahrungsgemäß mit zusätzlicher Verschuldung und mit preis- und kostentreibenden Steuererhöhungen reagiert. Derartige Konflikte wirken der europäischen Integration entgegen, denn sie ziehen die Forderung nach handelspolitischem Protektionismus, Kapitalverkehrskontrollen, Subventionen sowie nach Transfers aus den wohlhabenden Ländern nach sich. Aus diesen Gründen waren im EWS Paritätsänderungen als ultima ratio vorgesehen. Es hat — wenn auch nicht friktionslos — solange funktioniert, wie diese Option genutzt wurde. Das alte EWS zerbrach, als nach 1987 an konstanten Paritäten festgehalten wurde, obwohl es weiterhin ökonomische Divergenzen gab und zuletzt auch die geldpolitischen Konflikte zwischen den Ländern zunahmen.

Solange sich an dieser Konstellation nichts ändert, ist eine Rückkehr zu engen Bandbreiten nicht anzuraten. Ein solcher Versuch würde den mit Sicherheit zu erwartenden „Test“ auf den Finanzmärkten kaum bestehen; erneute umfangreiche Devisenbewegungen und daraus resultierende Interventionsverpflichtungen der Notenbanken wären die Folge. Ein Anzeichen für die nach wie vor bestehenden Zweifel an der künftigen Stabilität der Wechselkurse sind die Risikoprämien in den Nominalzinsen einiger Währungen.

Inzwischen hat sich allgemein die Einsicht durchgesetzt, daß das EWS mit der Rolle eines Vorreiters zur Europäischen Währungsunion überfordert war. Durch die Erweiterung der Bandbreiten ist jedoch der Weg zu einer Währungsunion nicht grundsätzlich verbaut. Aus ökonomischer Sicht gibt es allerdings berechtigte Zweifel daran, daß der in Maastricht beschlossene Terminplan eingehalten wird. Die Mehrheit der EG-Länder, auch deren Notenbanken, sind an einem größeren Spielraum für eine Politik interessiert, die den spezifischen nationalen Problemen und den Einschätzungen der Wirkungszusammenhänge gerecht wird. Gegenwärtig stellt die hohe Arbeitslosigkeit auch in diesem Zusammenhang ein gravierendes Problem dar, weil es von Land zu Land erhebliche Unterschiede gibt. Trägt dem die jeweilige nationale Lohnpolitik nicht Rechnung, besteht die Gefahr, daß diese Divergenzen sogar noch größer werden.

Sicherlich wird der Weg zur Währungsunion länger und beschwerlicher sein, als es noch vor zwei Jahren, zum Zeit-

punkt des Abschlusses des Vertrages von Maastricht, angenommen worden war. Die Erfahrungen mit der deutschen Währungsunion haben gezeigt, welche Konsequenzen eine endgültige Fixierung von Wechselkursen hat, wenn die Löhne nicht an der Produktivitätsentwicklung orientiert sind. Dann werden nämlich umfangreiche Transferzahlungen erforderlich, um die sozialen Folgen der steigenden Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Bereitschaft der Bürger in den wohlhabenderen Ländern Europas zu umfangreichen Transfers innerhalb der EG scheint jedoch begrenzt zu sein. Es ist daher erforderlich, zunächst eine stärkere Annäherung der wirtschaftspolitischen Ziele zwischen den Ländern herbeizuführen. Die beschlossenen Konvergenzkriterien genügen dem nicht. Doch selbst sie werden von manchen als ein unnötiges Hindernis empfunden. Tatsächlich werden aber die Chancen für eine solide Währungsunion sehr viel größer sein, wenn man auf eine ökonomisch verfrühte Einführung unwiderruflich fester Währungsparitäten, der unmittelbaren Vorstufe zu einer Währungsunion, verzichtet.

Eine andere Meinung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, teilt die Einschätzung der anderen Institute nicht, daß in Westeuropa und in Westdeutschland die Rezession schon im Winterhalbjahr 1993/94 von einem Wiederanstieg abgelöst wird. Das DIW erwartet, daß bei der von den Instituten gemeinsam unterstellten Wirtschaftspolitik der Wendepunkt der Konjunktur erst zur Mitte des nächsten Jahres erreicht wird. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in Westdeutschland im Durchschnitt des nächsten Jahres danach noch einmal um $\frac{1}{2}$ vH niedriger als in diesem Jahr sein, und in Ostdeutschland verlangsamt sich das Wachstum auf 5 vH. Aus dieser unterschiedlichen Einschätzung ergeben sich andere Empfehlungen für die Finanzpolitik. Hinsichtlich des geldpolitischen Kurses sowie der Lohnpolitik für Ost- und Westdeutschland besteht dagegen Übereinstimmung mit der Mehrheit der Institute.

Die Mehrheit stützt ihre Einschätzung insbesondere auf die „geldpolitische Lockerung seit etwa einem Jahr“ in Westeuropa. Damit hätten „Finanzanlagen ... gegenüber Sachinvestitionen an Attraktivität .. verloren“. Die Prognose der Mehrheit baut folglich auf eine Investitionsbelebung in Westeuropa und in Westdeutschland. Das DIW schätzt die Folgen des Zinsrückgangs anders ein.

Die Geldpolitik in Westeuropa lockert seit einem Jahr ihren Restriktionskurs. Die kurzfristigen Zinsen sind gefallen. Kaum weniger gesunken sind aber die langfristigen Zinsen. Die Zinsstruktur ist — mit wenigen Ausnahmen, von denen Großbritannien die wichtigste ist — immer noch invers. Die kurzfristigen Zinsen, die von den Notenbanken bestimmt werden, sind höher als die langfristigen. Nach der Einschätzung des DIW reicht eine Verminderung des Abstandes zwischen kurzfristigen und langfristigen Zinsen

angesichts der Tiefe der Rezession nicht aus, um die Investitionstätigkeit zu beleben, da sich lediglich die restriktive Wirkung der Geldpolitik abgeschwächt hat. Erst durch eine Normalisierung der Zinsstruktur werden expansive Impulse ausgelöst.

Dies wird verständlich, wenn man sich die Ursachen des weltweit seit dem Herbst 1990 zu beobachtenden Rückgangs der langfristigen Zinsen vor Augen führt. Von den öffentlichen Haushalten sind in diesem Zeitraum tendenziell zinssteigernde Wirkungen ausgegangen. Von 1990 bis 1993 stiegen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft die Defizite der öffentlichen Haushalte von 4 vH des Bruttoinlandsprodukts auf mehr als 6 vH, in den USA von 2,5 vH auf 4 vH, und in Japan ist der Überschuß von fast 3 vH verschwunden. Der Anstieg der kurzfristigen Zinsen wirkte bis zum Herbst 1992 in Europa in die gleiche Richtung. Ausschlaggebend für den Zinsrückgang, der sich in diesem Jahr beschleunigte, sind die weltweite Rezession und die sich daraus ergebenden Veränderungen von Angebot und Nachfrage am Kapitalmarkt.

In der Rezession sinkt der langfristige Zins, weil die gesamte Kapitalnachfrage, trotz der Zunahme der Kapitalnachfrage des Staates, stärker zurückgeht oder weniger stark steigt als das Kapitalangebot. Vor allem die Unternehmen fragen weniger Kapital nach, weil die Rendite vieler Investitionen in Sachkapital unter die Rendite fällt, die Finanzanlagen erbringen. Der Rückgang des langfristigen Zinses reflektiert damit den Rückgang der Sachkapitalrendite.

Der langfristige Zins dürfte in der Rezession aber weit weniger stark als die Sachkapitalrendite gefallen sein. Rückläufig waren auch die Inflationserwartungen. Das stärkt tendenziell das Kapitalangebot, doch mehr schlägt zu Buche, daß infolge des Rückgangs der Investitionen die Einkommen sanken und damit das Angebot an Kapital (das geplante Sparen) gedrückt wurde.

Erst wenn der kurzfristige Zins so stark gesenkt wird, daß vermehrt kurzfristige in langfristige Anlagen umgeschichtet werden, sinkt der Kapitalmarktzins noch einmal deutlich. Erst dann ist das Niveau des langfristigen Zinses erreicht, bei dem in der Regel mit einer Belebung der Investitionstätigkeit gerechnet werden kann.

Diese Konstellation der relativen Preise am Geld- und Kapitalmarkt ist in Europa noch nicht gegeben. Das zeigt sich auch beim Realzins, der eine Näherungsgröße für das Verhältnis von Kapitalmarktzins zur Sachkapitalrendite darstellt. In Frankreich, Italien und zuletzt auch wieder in Großbritannien ist der Realzins mit etwa 6 vH weit höher als in den USA und in Japan mit 3 vH. In Deutschland ist er nur wegen der Sonderentwicklung bei den administrierten Preisen und den Mieten, die im Verbraucherpreisindex ein großes Gewicht haben, stark gesunken. In der Industrie liegt er — gemessen an der Tendenz der Erzeugerpreise — auch bei 6 vH. Was noch wichtiger ist: Die Investoren können eine deutliche Ermäßigung des Realzinses frühestens im Jahr 1994 erwarten.

Das DIW hält es daher für verfrüht, auf eine vorwiegend von den privaten Investitionen in Europa getragene Belebung zu setzen. Bei dem anzunehmenden Tempo der Senkung der kurzfristigen Zinsen, über das sich Mehrheit und Minderheit einig sind, ist nicht vor Mitte 1994 eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Europa zu erwarten. Doch ob die weitere Zurücknahme der kurzfristigen Zinsen und die Normalisierung der Zinsstruktur ausreicht, die Investitionstätigkeit zu beleben, ist eine offene Frage.

Die Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmen allein können die Sachkapitalrendite nicht hinreichend verbessern. Jede Rationalisierung, die nicht über eine zunehmende Investitionstätigkeit erfolgt, zieht, gesamtwirtschaftlich gesehen, negative Nachfrageeffekte nach sich. Die Freisetzung von Arbeitskräften etwa kann nur dann für die Unternehmen insgesamt erfolgreich sein, wenn der Staat für ausreichend hohe Lohnersatzleistungen sorgt und diese kreditfinanziert. Auch die für sich genommen sinnvolle Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und aggressive Marketingstrategien können den Aufschwung in Europa nicht herbeiführen. Es gibt beispielsweise Anzeichen dafür, daß die Stabilisierung der Produktion in der westdeutschen Industrie im Sommer 1993 auch damit zu tun hat, daß Unternehmen selbst dann Aufträge hereinholen, wenn dabei nur Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden. Die Diskrepanz, die sich zwischen der Entwicklung der Beurteilung der Auftragseingänge und der Geschäftslage im investitionsgüterproduzierenden Gewerbe herausgebildet hat, ist dafür ein Indiz. Bei einer solchen Strategie muß die Stabilisierung der Produktion nicht zu einer Verbesserung der Rendite führen. Es ist überdies durchaus möglich, daß im Gefolge einer langen oder tiefen Rezession sich die Erwartungen der Investoren bezüglich der Erzielung einer angemessenen Sachkapitalrendite so sehr verschlechtert haben, daß auch kräftige Zinssenkungen die Investitionstätigkeit nicht anregen können.

Das DIW mißt dem derzeit noch nicht eine große Wahrscheinlichkeit zu. Eine solche Situation könnte aber im Laufe des kommenden Jahres eintreten, wenn sich die Normalisierung der Zinsstruktur nicht beschleunigt und die öffentlichen Haushalte ihre Konsolidierungsanstrengungen fortsetzen. Ändert sich die Gesamtlage im Winter nicht zum Besseren, muß sich die Finanzpolitik in Europa darauf einstellen, von dem angestrebten Konsolidierungskurs vorübergehend abzugehen und expansive Anstöße zu geben. Eine Fortsetzung des Restriktionskurses oder auch nur die Unterdrückung der Wirkung der automatischen Stabilisatoren des staatlichen Budgets hätte fatale Konsequenzen. Der langfristige Zins fiel dann zwar stärker, die Sachkapitalrendite aber zumindest in gleichem Tempo. Der Staat setzte nur fort, was mit der Rezession ohnehin angelegt ist, nämlich die Verminderung der Kapital- und der Güternachfrage.

Auch das DIW ist der Meinung, daß in den meisten Ländern Europas — einschließlich Deutschlands — der nächste Aufschwung für eine Konsolidierung der öffentli-

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1993 und 1994
WESTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁾	1993 ²⁾	1994 ²⁾	1993		1994 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen Arbeitszeit (arbeitstäglich) Arbeitstage ³⁾	0,9 -0,7 0,6	-1,5 -1,5 0,0	-1,5 -0,5 0,0	-1,3 -1,4 -0,1	-2,0 -1,0 0,0	-2,0 -0,5 0,5	-1,0 0,0 -0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) Produktivität ⁴⁾	0,8 0,8	-3,0 1,0	-2,0 2,5	-2,8 0,2	-3,0 2,0	-2,0 2,5	-1,5 3,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,6	-2,0	1,0	-2,6	-1,5	0,5	1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 510,0	1 551,5	1 585,5	752,4	799,5	766,5	819,5
Staatsverbrauch	500,6	508,5	522,0	235,5	273,0	242,5	279,5
Anlageinvestitionen	593,6	575,5	602,5	273,1	302,0	284,5	318,0
Ausrüstungen	257,4	224,5	234,0	106,0	118,5	108,5	125,5
Bauten	336,2	350,5	369,0	167,1	183,5	176,0	193,0
Vorratsveränderung	-4,6	-12,0	6,5	5,5	-17,5	14,0	-7,5
Außenbeitrag	194,6	208,5	216,0	102,0	106,5	106,0	110,0
Ausfuhr	934,8	893,5	941,0	427,4	466,0	460,5	480,5
Einfuhr	740,2	685,0	725,0	325,3	359,5	354,5	371,0
Bruttoinlandsprodukt	2 794,2	2 832,0	2 932,5	1 368,5	1 463,5	1 413,5	1 519,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	5,7	3,0	2,0	3,1	2,5	2,0	2,5
Staatsverbrauch	7,3	1,5	2,5	2,3	1,0	3,0	2,5
Anlageinvestitionen	5,1	-3,0	4,5	-4,6	-1,5	4,0	5,5
Ausrüstungen	-2,1	-13,0	4,0	-15,7	-10,0	2,0	6,0
Bauten	11,3	4,5	5,0	4,0	4,5	5,5	5,0
Ausfuhr	4,7	-4,5	5,5	-8,0	-1,0	7,5	3,0
Einfuhr	2,3	-7,5	6,0	-12,0	-3,0	9,0	3,0
Bruttoinlandsprodukt	6,0	1,5	3,5	0,9	1,5	3,5	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 452,1	1 440,5	1 429,0	702,0	738,5	693,5	735,5
Staatsverbrauch	481,3	476,5	480,5	232,4	244,0	234,5	246,0
Anlageinvestitionen	571,4	539,0	550,0	256,9	282,0	261,0	289,5
Ausrüstungen	252,6	219,0	225,0	103,2	115,5	104,5	120,5
Bauten	318,8	320,0	325,5	153,6	166,5	156,5	169,0
Vorratsveränderung	-1,8	-7,5	6,5	9,0	-16,5	14,0	-7,5
Inlandsnachfrage	2 503,0	2 448,5	2 466,0	1 200,2	1 248,0	1 203,0	1 263,0
Außenbeitrag	173,0	174,5	178,0	86,6	87,5	87,5	90,5
Ausfuhr	925,4	875,0	905,0	420,5	454,5	445,5	459,0
Einfuhr	752,4	700,5	727,0	333,9	367,0	358,0	369,0
Bruttoinlandsprodukt	2 676,0	2 622,5	2 644,0	1 286,8	1 336,0	1 290,5	1 353,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2 680,5	2 621,5	2 643,0	1 287,4	1 334,5	1 291,0	1 352,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	1,7	-1,0	-1,0	-0,5	-1,0	-1,0	-0,5
Staatsverbrauch	3,2	-1,0	1,0	-1,3	-0,5	1,0	0,5
Anlageinvestitionen	1,1	-5,5	2,0	-7,5	-4,0	1,5	2,5
Ausrüstungen	-3,9	-13,5	2,5	-16,5	-10,5	1,0	4,0
Bauten	5,5	0,5	1,5	-0,2	1,0	2,0	1,5
Inlandsnachfrage	1,5	-2,0	0,5	-2,8	-1,5	0,0	1,0
Ausfuhr	3,7	-5,5	3,5	-8,7	-2,0	6,0	1,0
Einfuhr	3,9	-7,0	4,0	-10,7	-3,0	7,5	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,6	-2,0	1,0	-2,6	-1,5	0,5	1,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	1,0	-2,0	1,0	-2,9	-1,5	0,5	1,5

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1993 und 1994
noch: WESTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁾	1993 ²⁾	1994 ²⁾	1993		1994 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,0	3,5	3,0	3,6	3,5	3,0	3,0
Staatsverbrauch	4,0	2,5	2,0	3,6	1,5	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	3,9	3,0	2,5	3,1	2,5	2,5	2,5
Ausrüstungen	1,9	0,5	1,5	1,0	0,5	1,0	1,5
Bauten	5,5	4,0	3,5	4,3	3,5	3,5	3,5
Ausfuhr	1,0	1,0	2,0	0,8	1,5	1,5	2,0
Einfuhr	-1,6	-0,5	2,0	-1,5	0,0	1,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt	4,4	3,5	2,5	3,6	3,0	3,0	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 508,4	1 522,5	1 541,5	717,2	805,0	723,0	818,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 225,6	1 232,5	1 239,5	579,1	653,0	579,5	659,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	816,3	820,0	812,5	385,1	435,0	380,0	432,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	613,9	596,5	635,5	302,3	294,5	322,5	313,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	519,7	503,5	539,0	256,4	247,0	274,0	265,0
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	492,7	487,0	497,0	253,4	233,5	254,0	243,5
Nichtentnommene Gewinne	27,0	16,5	41,5	3,0	13,0	20,5	21,5
Volkseinkommen	2 122,3	2 119,0	2 177,0	1 019,5	1 099,5	1 045,5	1 131,5
Abschreibungen	359,1	381,5	405,0	188,2	193,0	199,5	205,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	317,4	330,5	350,0	161,3	169,0	169,5	181,0
Bruttosozialprodukt	2 798,8	2 831,0	2 931,5	1 369,0	1 462,0	1 414,0	1 517,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	6,0	1,0	1,0	2,5	-0,5	1,0	1,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	6,1	0,5	0,5	2,0	-0,5	0,0	1,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	0,5	-1,0	2,3	-1,0	-1,5	-0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,5	2,5	2,0	3,7	2,0	2,0	2,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,1	2,5	0,5	4,0	1,5	0,5	0,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,2	-3,0	6,5	-7,5	2,5	6,5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,0	-3,0	7,0	-8,0	2,5	7,0	7,0
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	4,5	-1,0	2,0	-2,6	0,5	0,0	4,0
Volkseinkommen	4,6	0,0	2,5	-0,7	0,5	2,5	3,0
Abschreibungen	7,9	6,0	6,0	6,6	6,0	6,0	6,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	9,0	4,0	6,0	2,7	5,5	5,0	7,0
Bruttosozialprodukt	5,5	1,0	3,5	0,7	1,5	3,5	4,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	816,3	820,0	812,5	385,1	435,0	380,0	432,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	430,7	457,5	474,5	221,6	236,0	232,0	242,5
Entnahmen ⁵⁾	561,9	568,5	587,5	291,2	277,5	294,0	293,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	32,7	36,5	38,5	18,0	18,5	19,0	19,5
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	44,0	46,5	47,5	22,8	23,5	23,5	24,0
Verfügbares Einkommen	1 732,3	1 763,5	1 788,5	857,1	906,5	863,5	925,0
Privater Verbrauch	1 510,0	1 551,5	1 585,5	752,4	799,5	766,5	819,5
Ersparnis	222,2	211,5	203,0	104,7	107,0	97,0	105,5
Sparquote ⁹⁾	12,8	12,0	11,5	12,2	12,0	11,0	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	0,5	-1,0	2,3	-1,0	-1,5	-0,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	7,3	6,5	3,5	6,0	6,5	4,5	3,0
Entnahmen ⁵⁾	4,7	1,0	3,5	0,2	2,0	1,0	5,5
Verfügbares Einkommen	5,0	2,0	1,5	2,2	1,5	1,0	2,0
Privater Verbrauch	5,7	3,0	2,0	3,1	2,5	2,0	2,5
Ersparnis	0,0	-4,5	-4,0	-3,3	-6,0	-7,0	-1,0

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1993 und 1994
OSTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁰⁾	1993 ²⁾	1994 ²⁾	1993		1994 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁰⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-12,1	-3,5	-1,5	-3,7	-3,5	-2,0	-0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	10,1	0,5	-0,5	1,4	-0,5	-0,5	-0,5
Arbeitstage ³⁾	0,6	0,0	-0,5	-0,1	0,5	0,5	-1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-2,7	-3,0	-2,0	-2,4	-3,5	-2,0	-1,5
Produktivität ⁴⁾	12,7	9,5	9,0	8,8	10,0	9,0	8,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	9,7	6,0	7,0	6,2	6,0	7,0	7,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	212,0	232,5	243,5	111,5	121,0	117,5	126,0
Staatsverbrauch	105,8	117,0	120,5	50,6	66,0	53,5	67,0
Anlageinvestitionen	115,6	138,0	160,0	63,9	74,0	75,5	84,5
Ausrüstungen	47,2	50,5	54,5	23,1	27,5	25,5	29,0
Bauten	68,4	87,5	105,5	40,7	46,5	50,0	55,0
Vorratsveränderung	-2,4	-3,5	3,0	-0,5	-3,0	4,0	-1,0
Außenbeitrag	-197,6	-206,5	-212,0	-101,3	-105,0	-105,0	-107,0
Ausfuhr	53,5	52,5	60,0	24,7	27,5	28,5	31,5
Einfuhr	251,1	258,5	272,0	126,0	132,5	133,5	138,5
Bruttoinlandsprodukt	233,4	277,5	315,0	124,2	153,5	145,5	169,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	18,2	9,5	4,5	10,2	9,0	5,5	4,0
Staatsverbrauch	23,6	10,5	3,5	13,7	8,0	6,0	1,5
Anlageinvestitionen	32,6	19,5	16,0	17,0	21,5	18,0	13,5
Ausrüstungen	12,9	7,0	7,5	3,6	10,0	9,5	6,5
Bauten	50,8	28,0	20,5	26,2	29,5	23,0	18,0
Ausfuhr	14,1	-2,0	15,0	-5,0	0,5	15,0	14,5
Einfuhr	15,1	3,0	5,0	2,6	3,5	6,0	4,5
Bruttoinlandsprodukt	29,1	19,0	13,5	18,8	19,0	17,0	10,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	192,5	195,5	196,0	93,9	101,5	94,5	101,5
Staatsverbrauch	91,7	92,5	92,0	43,1	49,0	43,0	49,5
Anlageinvestitionen	108,1	124,0	137,5	57,6	66,0	65,5	72,5
Ausrüstungen	46,3	49,0	52,0	22,5	26,5	24,5	28,0
Bauten	61,8	74,5	85,5	35,1	39,5	41,0	44,5
Vorratsveränderung	-0,6	-0,5	3,0	2,4	-3,0	4,0	-1,0
Inlandsnachfrage	391,8	411,0	428,5	196,9	214,0	207,0	222,0
Außenbeitrag	-193,4	-200,5	-203,5	-98,3	-102,0	-101,5	-102,0
Ausfuhr	52,9	51,5	58,5	24,6	27,0	28,0	30,5
Einfuhr	246,3	252,0	261,5	122,9	129,0	129,5	132,5
Bruttoinlandsprodukt	198,4	211,0	225,0	98,6	112,0	105,5	120,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	209,7	221,0	235,5	103,4	117,5	110,0	125,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,3	1,5	0,0	2,1	1,0	1,0	-0,5
Staatsverbrauch	7,2	0,5	0,0	1,2	0,0	-0,5	0,0
Anlageinvestitionen	24,0	14,5	11,0	11,8	17,0	13,5	9,0
Ausrüstungen	10,8	6,0	6,0	2,5	9,0	8,0	4,5
Bauten	36,2	21,0	14,5	18,8	23,0	17,0	12,5
Inlandsnachfrage	11,2	5,0	4,5	5,0	5,0	5,0	3,5
Ausfuhr	12,9	-2,5	13,0	-4,9	-0,5	13,0	13,0
Einfuhr	12,9	2,5	4,0	1,9	2,5	5,0	2,5
Bruttoinlandsprodukt	9,7	6,0	7,0	6,2	6,0	7,0	7,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	10,3	5,5	6,5	5,3	5,5	6,5	6,5

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1993 und 1994
 noch: OSTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁰⁾	1993 ²⁾	1994 ²⁾	1993		1994 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁰⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	10,1	8,0	4,5	7,9	8,0	4,5	4,5
Staatsverbrauch	15,4	9,5	3,5	12,3	8,0	6,5	1,5
Anlageinvestitionen	7,0	4,0	4,0	4,6	4,0	4,0	4,5
Ausrüstungen	2,0	1,0	1,5	1,1	1,0	1,5	2,0
Bauten	10,7	5,5	5,0	6,3	5,0	5,5	5,0
Ausfuhr	1,0	0,5	1,5	-0,1	0,5	2,0	1,5
Einfuhr	1,9	0,5	1,5	0,7	0,5	0,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt	17,6	12,0	6,0	11,8	12,0	9,5	3,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	223,0	243,0	261,0	111,6	131,5	120,5	140,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	186,6	205,0	218,0	94,2	110,5	101,0	117,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	131,5	145,0	148,5	67,5	77,5	70,0	79,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-17,0	-1,0	13,0	-4,5	3,5	5,5	7,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-27,2	-13,5	-2,5	-7,6	-6,0	0,5	-2,5
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	9,6	8,0	2,5	6,6	1,5	3,5	-1,5
Nichtentnommene Gewinne	-36,8	-21,5	-4,5	-14,2	-7,0	-3,5	-1,5
Volkseinkommen	206,0	242,0	273,5	107,2	135,0	125,5	148,0
Abschreibungen	30,3	33,5	37,0	16,3	17,0	18,0	19,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	9,0	13,5	15,5	6,0	7,5	7,0	8,5
Bruttosozialprodukt	245,3	289,0	326,5	129,5	159,5	151,0	175,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	20,1	9,0	7,5	11,1	7,0	7,5	7,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	19,7	10,0	6,5	12,0	8,0	7,0	6,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	12,0	10,0	2,5	11,6	9,0	3,5	2,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	35,8	15,0	8,0	17,0	13,5	10,0	6,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	27,1	15,5	4,5	16,6	14,5	6,5	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	—	—	—	—	—	—	—
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	—	—	—	—	—	—	—
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	38,7	-16,0	-70,0	-27,9	238,0	-44,0	—
Volkseinkommen	25,6	17,5	13,0	16,6	18,0	17,5	9,5
Abschreibungen	12,0	10,0	11,0	11,1	9,0	10,5	11,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	—	49,5	16,0	68,7	37,0	17,5	14,5
Bruttosozialprodukt	29,0	18,0	13,0	17,6	18,0	16,5	10,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	131,5	145,0	148,5	67,5	77,5	70,0	79,0
Übertragene Einkommen ⁷⁾	93,0	105,5	113,0	50,4	55,5	55,0	57,5
Entnahmen ⁵⁾	27,8	27,5	28,5	13,1	14,5	13,5	15,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	4,4	6,5	8,0	3,0	3,5	4,0	4,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	3,7	4,5	4,5	2,3	2,0	2,5	2,0
Verfügbares Einkommen	244,2	267,5	277,5	125,7	141,5	132,0	145,5
Privater Verbrauch	212,0	232,5	243,5	111,5	121,0	117,5	126,0
Ersparnis	32,2	35,0	34,0	14,3	20,5	14,5	19,5
Sparquote ⁹⁾	13,2	13,0	12,0	11,3	14,5	11,0	13,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	12,0	10,0	2,5	11,6	9,0	3,5	2,0
Übertragene Einkommen ⁷⁾	29,4	13,5	6,5	13,5	14,0	9,5	4,5
Entnahmen ⁵⁾	196,7	-0,5	3,5	-0,5	-1,0	2,5	3,5
Verfügbares Einkommen	26,0	9,5	4,0	10,0	9,0	5,0	2,5
Privater Verbrauch	18,2	9,5	4,5	10,2	9,0	5,5	4,0
Ersparnis	122,7	8,0	-2,5	8,9	7,5	2,5	-6,5

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1993 und 1994
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1992 ¹⁾ 10)	1993 ²⁾	1994 ²⁾	1993		1994 ²⁾	
				1. Hj.1) ¹⁰⁾	2. Hj.2)	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-1,7	-2,0	-1,5	-1,8	-2,5	-2,0	-1,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	1,3	-1,0	-0,5	-0,9	-1,0	-0,5	0,0
Arbeitstage ³⁾	0,6	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,5	-0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,2	-3,0	-2,0	-2,8	-3,0	-2,0	-1,5
Produktivität ⁴⁾	1,9	1,5	3,0	0,8	2,5	3,0	3,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,1	-1,5	1,5	-2,0	-1,0	0,5	2,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 722,1	1 784,0	1 829,0	863,9	920,5	884,0	945,5
Staatsverbrauch	606,4	625,0	642,5	286,1	339,0	296,0	346,5
Anlageinvestitionen	709,2	713,5	762,5	336,9	376,5	360,0	402,5
Ausrüstungen	304,6	275,0	288,5	129,1	146,0	133,5	154,5
Bauten	404,6	438,0	474,0	207,8	230,5	226,0	248,0
Vorratsveränderung	-7,0	-15,5	9,5	5,0	-20,5	18,0	-8,5
Außenbeitrag	-3,0	2,0	4,0	0,8	1,5	1,0	3,0
Ausfuhr ¹¹⁾	718,0	666,5	704,5	315,9	350,5	343,0	362,0
Einfuhr ¹¹⁾	721,0	664,5	701,0	315,1	349,0	342,0	359,0
Bruttoinlandsprodukt	3 027,6	3 109,5	3 247,5	1 492,7	1 616,5	1 559,0	1 688,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,1	3,5	2,5	3,9	3,5	2,5	2,5
Staatsverbrauch	9,8	3,0	3,0	4,1	2,0	3,5	2,0
Anlageinvestitionen	8,8	0,5	7,0	-1,2	2,0	7,0	7,0
Ausrüstungen	0,0	-9,5	5,0	-12,8	-6,5	3,5	6,0
Bauten	16,5	8,5	8,0	7,7	9,0	9,0	7,5
Ausfuhr ¹¹⁾	0,8	-7,0	5,5	-11,7	-2,5	8,5	3,0
Einfuhr ¹¹⁾	0,8	-8,0	5,5	-12,5	-3,5	8,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	7,5	2,5	4,5	2,2	3,0	4,5	4,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 644,6	1 636,0	1 625,0	795,9	840,0	788,5	837,0
Staatsverbrauch	573,0	569,0	572,5	275,5	293,5	277,5	295,0
Anlageinvestitionen	679,5	662,5	687,5	314,4	348,0	326,0	361,5
Ausrüstungen	298,9	268,0	277,0	125,7	142,0	128,5	148,0
Bauten	380,6	394,5	411,0	188,7	206,0	197,5	213,5
Vorratsveränderung	-2,4	-8,0	9,5	11,4	-19,5	18,0	-8,5
Inlandsnachfrage	2 894,7	2 859,5	2 894,5	1 397,1	1 462,5	1 409,5	1 485,0
Außenbeitrag	-20,3	-26,0	-25,5	-11,7	-14,5	-14,0	-11,5
Ausfuhr ¹¹⁾	713,2	654,0	677,5	312,1	342,0	332,0	345,5
Einfuhr ¹¹⁾	733,6	680,0	703,0	323,8	356,5	346,0	357,0
Bruttoinlandsprodukt	2 874,4	2 833,5	2 869,0	1 385,4	1 448,0	1 395,5	1 473,5
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	2 890,2	2 842,5	2 878,5	1 390,8	1 452,0	1 401,0	1 477,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,3	-0,5	-0,5	-0,2	-1,0	-1,0	-0,5
Staatsverbrauch	3,8	-0,5	0,5	-0,9	-0,5	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	4,2	-2,5	4,0	-4,5	-0,5	3,5	4,0
Ausrüstungen	-1,9	-10,5	3,5	-13,6	-7,5	2,5	4,0
Bauten	9,5	3,5	4,0	2,8	4,5	4,5	3,5
Inlandsnachfrage	2,7	-1,0	1,0	-1,8	-0,5	1,0	1,5
Ausfuhr ¹¹⁾	0,1	-8,5	3,5	-12,4	-4,0	6,5	1,0
Einfuhr ¹¹⁾	2,6	-7,5	3,5	-11,1	-3,5	7,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt	2,1	-1,5	1,5	-2,0	-1,0	0,5	2,0
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	1,6	-1,5	1,5	-2,3	-1,0	0,5	1,5

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1993 und 1994
 noch: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1992 ¹⁾ ¹⁰⁾	1993 ²⁾	1994 ²⁾	1993		1994 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁾ ¹⁰⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	4,0	3,0	4,1	4,0	3,5	3,0
Staatsverbrauch	5,8	4,0	2,0	5,1	3,0	3,0	1,5
Anlageinvestitionen	4,4	3,0	3,0	3,4	3,0	3,0	3,0
Ausrüstungen	1,9	1,0	1,5	1,0	0,5	1,0	1,5
Bauten	6,3	4,5	4,0	4,8	4,0	4,0	4,0
Ausfuhr ¹¹⁾	0,7	1,0	2,0	0,7	1,5	2,0	2,0
Einfuhr ¹¹⁾	-1,7	-0,5	2,0	-1,5	0,0	1,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt	5,3	4,0	3,0	4,3	4,0	3,5	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 731,4	1 765,5	1 802,0	828,9	936,5	843,0	959,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 412,1	1 437,0	1 457,5	673,4	764,0	680,5	777,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	947,8	965,0	961,0	452,6	512,0	449,5	511,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	596,9	595,5	648,5	297,8	298,0	328,0	320,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	492,5	490,0	536,5	248,8	241,0	274,5	262,0
Entnahmen ⁵⁾ ⁶⁾	502,3	495,0	499,5	260,0	235,0	257,5	242,0
Nichtentnommene Gewinne	-9,8	-5,0	37,0	-11,2	6,0	17,0	20,0
Volkseinkommen	2 328,3	2 361,0	2 450,5	1 126,6	1 234,5	1 171,0	1 279,5
Abschreibungen	389,3	415,0	442,0	204,5	210,0	217,5	224,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	326,4	344,0	365,5	167,3	176,5	176,5	189,5
Bruttosozialprodukt	3 044,1	3 119,5	3 258,0	1 498,5	1 621,0	1 565,0	1 693,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,6	2,0	2,0	3,6	0,5	1,5	2,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,7	2,0	1,5	3,3	0,5	1,0	1,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,6	2,0	-0,5	3,6	0,0	-0,5	0,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	10,0	4,5	3,0	5,6	3,5	3,5	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,9	4,5	1,5	5,8	3,0	1,5	1,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	2,1	0,0	9,0	-6,4	7,0	10,0	7,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	0,7	-0,5	9,5	-6,8	7,0	10,5	8,5
Entnahmen ⁵⁾ ⁶⁾	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahmen ⁵⁾ ⁶⁾	5,0	-1,5	1,0	-3,5	1,0	-1,0	3,0
Volkseinkommen	6,1	1,5	4,0	0,7	2,0	4,0	3,5
Abschreibungen	8,2	6,5	6,5	7,0	6,0	6,5	6,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	12,4	5,5	6,5	4,2	6,5	5,5	7,5
Bruttosozialprodukt	7,0	2,5	4,5	1,9	3,0	4,5	4,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	947,8	965,0	961,0	452,6	512,0	449,5	511,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	523,7	563,5	587,5	272,0	291,5	287,0	300,0
Entnahmen ⁵⁾	589,7	596,5	616,0	304,3	292,0	307,5	308,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	37,1	43,0	46,0	21,0	22,0	23,0	23,5
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	47,6	50,5	52,0	25,1	25,5	26,0	26,0
Verfügbares Einkommen	1 976,5	2 030,5	2 066,0	982,8	1 048,0	995,5	1 070,0
Privater Verbrauch	1 722,1	1 784,0	1 829,0	863,9	920,5	884,0	945,5
Ersparnis	254,4	246,5	236,5	119,0	127,5	112,0	125,0
Sparquote ⁹⁾	12,9	12,0	11,5	12,1	12,0	11,0	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	5,6	2,0	-0,5	3,6	0,0	-0,5	0,0
Übertragene Einkommen ⁷⁾	10,6	7,5	4,5	7,3	8,0	5,5	3,0
Entnahmen ⁵⁾	8,0	1,0	3,5	0,2	2,0	1,0	5,5
Verfügbares Einkommen	7,2	2,5	1,5	3,2	2,5	1,5	2,0
Privater Verbrauch	7,1	3,5	2,5	3,9	3,5	2,5	2,5
Ersparnis	7,5	-3,0	-4,0	-2,0	-4,0	-6,0	-2,0

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1993 und 1994
 noch: **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

	1992 ¹⁾ 10)	1993 ²⁾	1994 ²⁾	1993		1994 ²⁾	
				1. Hj. 1) ¹⁰⁾	2. Hj. 2)	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹²⁾
 a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	755,4	771,5	811,5	365,2	406,5	384,0	427,0
Sozialbeiträge	560,9	591,5	624,5	282,6	309,0	297,5	327,0
Erwerbseinkünfte	50,7	48,5	49,5	27,8	21,0	30,0	19,5
Sonstige Übertragungen ¹¹⁾	38,6	41,0	42,0	18,7	22,5	19,0	23,5
Vermögensübertragungen ¹¹⁾ , Abschreibungen	32,8	35,5	37,5	16,8	18,5	18,0	19,5
Einnahmen insgesamt	1 438,3	1 488,0	1 564,5	711,0	777,0	748,0	816,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	606,4	625,0	642,5	286,1	339,0	296,0	346,5
Zinsen	101,1	107,0	119,5	51,1	55,5	57,5	62,5
Laufende Übertragungen an	667,7	717,5	751,5	345,0	372,5	365,5	386,0
Private Haushalte	544,1	593,0	620,0	287,9	305,0	304,0	316,0
Unternehmen	69,5	68,0	69,5	30,2	38,0	31,5	38,0
Übrige Welt ¹¹⁾	54,1	56,5	62,0	26,9	29,5	30,0	32,0
Vermögensübertragungen ¹¹⁾	56,8	58,5	69,5	21,8	37,0	27,0	42,5
Bruttoinvestitionen	84,9	87,5	91,5	38,7	49,0	40,5	50,5
Ausgaben insgesamt	1 516,8	1 595,5	1 674,5	742,7	852,5	786,5	888,0
Finanzierungssaldo	-78,5	-107,0	-110,0	-31,7	-75,5	-38,5	-71,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	9,4	2,0	5,0	0,5	3,5	5,0	5,0
Sozialbeiträge	9,3	5,5	5,5	7,5	3,5	5,0	6,0
Erwerbseinkünfte	31,4	-4,0	2,0	-7,1	0,0	7,5	-5,5
Sonstige Übertragungen ¹¹⁾	18,9	6,0	2,5	10,8	2,5	1,0	4,0
Vermögensübertragungen ¹¹⁾ , Abschreibungen	9,0	8,0	6,0	8,1	8,0	6,5	5,5
Einnahmen insgesamt	10,3	3,5	5,0	3,3	3,5	5,0	5,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	9,8	3,0	3,0	4,1	2,0	3,5	2,0
Zinsen	30,3	5,5	12,0	9,6	2,0	12,0	12,0
Laufende Übertragungen an	6,5	7,5	4,5	6,7	8,0	6,0	3,5
Private Haushalte	11,1	9,0	4,5	8,8	9,0	5,5	3,5
Unternehmen	-6,7	-2,0	2,0	-4,1	-0,5	3,5	0,5
Übrige Welt ¹¹⁾	-13,5	4,0	10,0	-1,0	9,0	11,0	9,0
Vermögensübertragungen ¹¹⁾	-11,9	3,5	18,5	2,5	4,0	23,5	15,0
Bruttoinvestitionen	14,0	3,0	4,5	2,5	3,5	5,0	4,0
Ausgaben insgesamt	8,7	5,0	5,0	5,5	5,0	6,0	4,0

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1993, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 6) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — 7) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale private Übertragungen. — 8) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — 9) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 10) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1993, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie Berechnungen des DIW; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 11) Um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — 12) Gebietskörperschaften, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds sowie Sozialversicherungen.

chen Haushalte genutzt werden muß. Die Erfahrung in Westdeutschland in den achtziger Jahren zeigt, daß das relativ friktionsfrei und sogar bei einer Verminderung des Staatsanteils insgesamt möglich ist. Schließlich wies im Jahr 1989 der staatliche Gesamthaushalt einen leichten Überschuß und die Abgabenquote den niedrigsten Wert seit Mitte der siebziger Jahre auf. Die konjunkturellen Wirkungen „struktureller“ Maßnahmen dürfen jetzt aber nicht vernachlässigt werden. Letztlich schlägt sich jede Art von „Sparpaket“ insoweit negativ in der ohnehin niedrigen Sachkapitalrendite der Unternehmen nieder, als diese weniger Einnahmen erzielen und die Auslastung der Kapazitäten sinkt. Der Beitrag eines einzelnen konsolidierenden Staates zur Senkung der Rendite für langfristige Anlagen auf dem Weltkapitalmarkt ist dagegen äußerst gering.

Das DIW unterscheidet sich — unabhängig von der Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung — von der Meinung der Mehrheit auch in der Bewertung der Art der angestrebten Konsolidierung des Staatshaushalts im Hinblick auf ihre allokativen Wirkungen und etwaige Wachstumseffekte. Auch das DIW hält Ausgabendisziplin des Staates für notwendig. Durch eine Strategie forcierter Ausgaben-

kürzungen werden aber aller Voraussicht nach die Lasten der deutschen Vereinigung einseitig den Empfängern sozialer Transfers, den Menschen mit niedrigem Einkommen und den Arbeitslosen aufgebürdet. Dafür gibt es keine ökonomische Begründung.

Die Meinung der Mehrheit, daß es jetzt dringlich sei, „... die Abgabenquote zurückzuführen ... und so die Investitionsanreize für die Unternehmen und die Leistungsanreize für die Arbeitnehmer zu stärken, damit das Wachstumstempo der Wirtschaft hoch sein kann“, wird vom DIW nicht geteilt. Permanente Erhöhungen der Abgaben würden sicherlich die angesprochenen, die Leistungsbereitschaft mindernden Effekte haben. Solche Erhöhungen drohen aber nach Einschätzung des DIW in Deutschland nicht. Vielmehr steht die Zunahme der Abgaben in so engem Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung und dem Umbau Ostdeutschlands, daß sie von den Bürgern in der Regel als vorübergehend angesehen wird. Eine einmalige historische Kraftanstrengung eines Staates aber, die in höhere direkte oder indirekte Steuern mündet, wird weder von den Arbeitnehmern mit Leistungsverweigerung noch von den Unternehmen mit einer Einschränkung der Investitionstätigkeit beantwortet.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (030) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304